

Volksleiter-Zeitung

Wittwoch, 7. Mai 1930
12. Jahrgang. Nummer 104

Neu: Roter Stern
Nur für Abonnenten

Preis: 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.
unter Einband 8,00 Pf.
Abonnement: 100 Pf. (10 Hefen)
Abonnement: 100 Pf. (10 Hefen)

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlag: Schöner, Breslau 10, Kreuzberg Str. 20. Tel. 560 88.
Wolfgangstr. 64. Redaktion: Breslau, Kreuzberg
Str. 50. Tel. 239 02. Erscheinungstag: Montag
12-14 Uhr. Dienstag bis Freitag: 17-18 Uhr. Samstag:
11-12 Uhr. Preis: 10 Pf. (10 Hefen).
Abonnement: 100 Pf. (10 Hefen).
Abonnement: 100 Pf. (10 Hefen).

Breslauer SPD. verschachert die Kommunalbetriebe

für eine 10 Millionen Dollar-Anleihe — Maché als Einheitscher

Breslau, 6. Mai. Gestern, Montag, hat auf Einladung des Breslauer Magistrats eine Pressekonferenz stattgefunden, die sich mit der Umwandlung der städtischen Betriebswerke in Aktiengesellschaften beschäftigte und zu der bezeichnenderweise die Arbeiter-Zeitung nicht eingeladen war. Wir sind also gezwungen, auf die Berichte der bürgerlichen Zeitungen zurückzugreifen.

Die Pressebesprechung hat unsere Behauptung, daß die Sozialdemokraten nicht daran denken, der Umwandlung in Aktiengesellschaften — was in der Konsequenz die Auslieferung städtischen Besitzes an das Privatkapital bedeutet — ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen.

Zwischen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und den sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern ist ein Spiel eitelhaftester Heuchelei abgelaufen worden. Während die Fraktion

„Opposition“ nimmt, sind die Magistratsmitglieder die Einheitscher des Verschacherungsplanes. Zum Beweise wollen wir nur die „Schlesische Zeitung“ von heute morgen zitieren, die u. a. folgendes schreibt:

„Es entbehrt nicht eines pikanten Beigeschmacks, daß es gerade der sozialdemokratische Bürgermeister Maché war, der in einer Pressekonferenz am Montag nachdrücklich und mit großer Ueberzeugung für die Umwandlung der städtischen Betriebswerke in kommunale Aktiengesellschaften eintrat. Was ist es mit der Uebernahme der Wirtschaftsbetriebe in die öffentliche Hand, mit der die Sozialdemokratie die wirtschaftliche und soziale Revolution einleiten und der Menschheit einen Vorgesmack roter Egnungen bringen wollte? Herr Maché sagte es mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit: Auf unsere städtischen Betriebswerke borgt uns niemand etwas, wandeln wir sie aber um, machen wir sie von der Bürokratie unabhängig, so gewinnen sie sofort das Vertrauen des Auslandes und sie bekommen Geld in Hülle und Fülle.“

Außerdem aber, und das ist für diese Betrachtung noch wichtiger, können die Betriebswerke als selbständige Unternehmungen viel wirtschaftlicher arbeiten, als wenn sie dauernd die Bremmlöhne der Betriebsdeputations- und Ausschussberatungen, der Magistrats- und Stadtverordnetenbeschlüsse (!) hinter sich herschleppen müssen.

Das alles sagte der Bürgermeister, wenn auch mit etwas anderen Worten, und bewies damit, das es eben ein gewaltiger Unterschied ist, ob man in Wahlversammlungen Brandreden hält oder an verantwortlicher Stelle praktische kommunalpolitische Arbeit zu leisten hat. Die Stadt hat in den letzten Wochen sehr erfolgreiche Verhandlungen mit amerikanischen Geldgebern gepflogen. Diese haben sich bereit erklärt, den Betriebswerken eine langfristige Anleihe von zehn Millionen Dollar, also 42 Millionen Mark, zu geben unter der Voraussetzung, daß die Werke in hundertprozentig städtische Aktiengesellschaften umgewandelt werden. 11 Millionen Mark werden sofort gegeben, wenn ein entsprechender Beschluß der städtischen Körperschaften gefaßt ist.“

Kann es einen schamloseren Betrug geben, als den, den die Sozialdemokraten jetzt wieder an den Interessen der werktätigen Breslauer Bevölkerung begehen wollen. Wie lange wollen sich die sozialdemokratischen Arbeiter und diejenigen, die bei der letzten Wahl dieser Partei des organisierten Betruges noch ihre Stimme gaben, derartig betrügen lassen? Es ist der vorläufige Höhepunkt der schändlichen Kommunalpolitik der sozialdemokratischen Stadtverordneten.

Drei Jungarbeiter niedergeschossen

Essen, 6. Mai. Im Anschluß an die Beerdigung eines Jugendgenossen im Wuppertal, der vor einigen Tagen verunglückte, marschierten 40 bis 50 Jugendgenossen durch die Gewerbeschulstraße dem Jugendheim zu, als ein Ueberfallkommando der Polizei anrückte und eine wilde Attacke auf die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unternahm. Während ein Teil der Beamten mit dem Gummilnappeln dreinschlug, lösten sich die anderen im Schützschießen. Ohne daß die allgeringste Veranlassung dazu vorlag, wurden drei Jugendgenossen niedergeschossen. Zwei von ihnen wurden sofort in das städtische Krankenhaus übergeführt.

und Magistratsmitglieder, wenn sie jetzt diese Verschacherung städtischen Besitzes an das ausländische Kapital nicht bloß stillschweigend dulden, sondern direkt befürworten. Jeder Klassenbewußte Prolet muß dieser Partei des permanenten Betrugs an den werktätigen Massen den Rücken kehren und unter der Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die gemeinsame Front der hungarndeutschen Reaktion kämpfen.

Berschärfung der Lage in Indien

Moskau, 5. Mai. In Kalkutta haben neue Zusammenstöße stattgefunden, in deren Verlauf 15 Menschen verletzt wurden. Peshawar wird mit kommunistischen Flugblättern überschwemmt. Durch eine außerordentliche Verfügung wurde die Abhaltung von Massenversammlungen im Peshawar distrikt und an der gesamten Nordwestgrenze verboten. Einer Meldung aus Kabul zufolge berichten aus Indien dort eintreffende Reisende, daß in der Gegend um Peshawar große Unruhe herrscht. Die Aufständischen halten eines der Peshawar beherrschenden Forts besetzt. Peshawar ist noch in den Händen des

betrüger vom Schläge Gandhis hinwegzureden. Schon kommen Meldungen von neuen bewaffneten Auseinandersetzungen.

In Dehli und Kalkutta haben die nationalrevolutionären Zeitungen infolge ungeheurerlicher Repressionen das Erscheinen eingestellt. Die Pressefreiheit ist in Indien durch die „sogenannte Arbeiterregierung“ Macdonald aufgehoben. Weil die eingeborenen Soldaten unzuverlässig sind, werden bereits englische Truppen nach Indien transportiert. Nach Berichten italienischer Zeitungen aus Malta sind erst am Sonntag neue Truppentransporte abgeandt worden. Macdonald, der Henker der indischen Arbeiter und Bauern, und seine anderen Ministergenossen von der 2. Internationale übertreffen durch den blutigen Terror in Indien noch die blutigen Verbrechen des englischen Imperialismus in der Vergangenheit.

Das zweite Todesopfer Fleißners

Leipzig, 6. Mai. Am Sonnabend abend erlag unser Jugendgenosse Gustav Zahnte seinen Verletzungen, die ihm durch die mörderischen Polizeikugeln einer Polizeibeiste am Ostermontag beigebracht wurden. Damit haben die blutigen Polizeiprozessionen des „linken“ sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner ein zweites junges Proletariatsleben ausgelöscht. Genosse Gustav Zahnte wurde feige und hinterhältig von einer aufgepeitschten und wildgemachten Polizeifolterkaste in einem Keller der Parthischen Schule, Georgiring, niedergeschossen, wohin er vor den Brutalitäten der Polizeifolter geblüht war.

Gegen Massenentlassungen und Tarifierhöhung bei der Reichsbahn

Eine kommunistische Interpellation im Reichstag — Organisiert den Kampf in den Betrieben!

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der es u. a. heißt:

„Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft hat in seiner Sitzung am 24. und 25. März ein Einparungsprogramm beschlossen, nach welchem durch Herabsetzung der Tageswerte des Personals, Entlassungen von Arbeitern, und durch Unterlassung nötiger Arbeiten an Bauten und Fahrzeugen solange weitere Einsparungen vorgenommen werden sollen, bis die Betriebseinnahmen wieder die „notwendige Höhe“ erreicht haben. Weiter sollen 20 000 Zeitarbeiter in diesem Jahre nicht eingestellt werden. Durch diese Maßnahmen der Reichsbahnhauptverwaltung soll der verschärfte Rationalisierungsprozeß im Reichsbahnbetrieb rückwärts auf Kosten der Arbeiter weiter durchgeführt werden. Dies kommt schon dadurch zum Ausdruck, daß eine Anzahl Eisenbahner, die seit Jahrzehnten im Reichsbahnbetrieb beschäftigt sind, in erster Linie zur Entlassung kommen. Mit besonderem Nachdruck muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß durch die Nichteinstellung von Zeitarbeitern die jetzt schon ungenügende Betriebssicherheit noch härter gefährdet wird. Angesichts der Tatsache, daß Hunderte von Millionen für den Bahnschutz, die Teno, für die Bahnsportvereine und für Korruptionszulagen, für die Kiefengehälter der Direktoren und die hohen Spesen der Mitglieder des Verwaltungsrats ausgegeben werden, herrscht im Reichsbahnpersonal über diese erneuten Abban- und Sparmaßnahmen gegen die Arbeiter eine nur zu berechtigte Empörung.“

Bahnsportvereine, Kiefengehälter und Leistungszulagen einerseits und die geplanten rückwärtslosen Abbau und Entlassungsmaßnahmen gegen die Arbeiter andererseits sofort zu äußern, ebenso umgehend eindeutig Stellung zu der von der Reichseisenbahnverwaltung geplanten neuen Tarifierhöhung zu nehmen?“

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie des Einheitsverbandes der Eisenbahner und die mit diesem koalitierten gelben Eisenbahnergewerkschaften haben bisher keinen Finger gerührt, um die neue brutale Offensive Dorpmüllers und der Bürgerblockregierung Einhalt zu gebieten. Sie wird es auch nicht tun. Einzig und allein die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führen einen rückwärtslosen und unerbittlichen Kampf gegen diese neuen Terrormaßnahmen Dorpmüllers. Die Eisenbahner müssen sich aber darüber im Klaren sein, daß dieser Kampf nicht im Reichstag entschieden werden kann, sondern daß es die Aufgabe der Eisenbahner selbst ist, alle Kräfte zu mobilisieren, um unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den außerparlamentarischen Kampf gegen das System Dorpmüller aufzunehmen. Das setzt aber voraus, daß die Eisenbahner sich die notwendigen Stützpunkte im Betrieb selbst schaffen, indem sie überall rote Betriebsräte wählen, die allein fähig und gewillt sind, die Interessen der Eisenbahner rückwärtslos zu vertreten. Am 11. und 12. Mai finden die Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn statt. Von dem Ausgang dieser Betriebsratswahlen wird es in hohem Maße abhängen, ob die Eisenbahner den Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen und die neue Offensive Dorpmüllers zum Stehen bringen können. Wer bereit ist, gegen die neuen Abbaumassnahmen Dorpmüllers und der Bürgerblockregierung zu kämpfen, der kann bei der Betriebsratswahl seine Stimme nur geben der Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner.

englischen Kommandos, doch finden in den Straßen heftige Kämpfe statt. Die Eingeborenenpolizei und die Sikh-Truppen weigern sich, die Bewegung zu unterdrücken und treten zu den Aufständischen über. Der Aufstand greift auf die Grenzzone, die von unabhängigen Volksstämmen besetzt ist, über. Der Verkehr zwischen Kabul und Peshawar ist unterbrochen. Den aus Afghanistan kommenden Automobilen wird die Einfahrt nach Indien verweigert. Die Chaidir-Bahn, die durch das Gebiet unabhängiger Volksstämme läuft, ist an vielen Stellen beschädigt. Den zusätzlichen und unvollständigen Nachrichten zufolge wird die Aufstandsbewegung im Gebiet von Peshawar von dem Vereinigten revolutionären Ausschuss geleitet. Dieser Ausschuss setzt sich aus Mohammedanern, Hindus und Sikhs zusammen, die dem alten religiösen Zwist, der der Einheitlichkeit der nationalrevolutionären Bewegung Indiens im Wege war, ein Ende gemacht haben. Wie wir gestern schon kurz berichteten, wurde der Apostel des „positiven Widerstandes“, der Demagoge Gandhi, verhaftet. Die Verhaftung durch die englischen Behörden kann nicht über den Charakter seines „positiven Widerstandes“ hinwegtäuschen. Es ist ein bewußtes Manöver, durch welches die Unzufriedenheit der Massen in ein gefährliches Bett geleitet werden soll. Man versucht — dabei hilft der imperialistische Imperialismus der indischen Bourgeoisie — den Massenführer Gandhi zum Märtyrer des unterdrückten Indiens zu machen. Das ist auch der Sinn der Verhaftung Gandhis und seiner Anhänger. Der Kampf Gandhis hat den Zweck, die indischen Arbeiter und Bauern zu desorganisieren und zu entwaffnen. Die Macdonald-Regierung weiß, daß sie leichtes Spiel hat, wenn die unterdrückten Massen der Lehren Gandhis folgen und auf einen revolutionären Kampf verzichten. Aber die Massenbewegung wird über die Volks-

Unternehmervorstoß im Industriegebiet

Düsseldorf, 3. Mai (Sig. Drahtber.) Im Hünig-Betrieb, der bekanntlich zu den „Bereinigten Stahlwerken“ gehört, wurden am Freitag wegen des Streiks am 1. Mai 300 Kollegen gemahrt, darunter der revolutionäre Betriebsobmann, sämtliche revolutionäre Betriebsräte und eine Anzahl von Vertrauensleuten. Am Sonnabend mittag fand eine gut besetzte Belegschaftsversammlung statt, die zur Lage Stellung nahm und beschloß, den härtesten Kampf für die Wiedereinstellung der Kollegen zu führen.

Ebenso wurde beim Kreh- und Walzwerk Kehlberg wegen des Streiks eine Anzahl Arbeiter, darunter zwei rote Betriebsräte, auf die Straße geworfen.

Die Abteilung Sicherheit des Wernerwerkes in Düren, mit einer Belegschaft von 350 Mann, Krefeld am 1. geschlossen und demonstrierte für die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Dafür rückte sich die Direktion, indem sie am 2. Mai drei Betriebsratsmitglieder, darunter den Obmann, mahregelte. In einer Belegschaftsversammlung wurde beschlossen, daß die Abteilung Sicherheit geschlossen in den Streik tritt, wenn die gemahregelten Kollegen nicht wieder eingestellt werden.

In Solingen hat jetzt auch die Direktion des „Alexanderwerkes“ an die Belegschaft die Forderung auf 15prozentigen Lohnabbau gestellt. Vor einiger Zeit versuchte die Firma Drillinghaus dasselbe. Das wurde von der Belegschaft abgewehrt. Jetzt sind die Herren des „Alexanderwerkes“ an der Reihe. Der Lohnabbau im Stahlwerk Beder macht im Industriegebiet Schule. Alle Abteilungen des „Alexanderwerkes“ schenken das Ansehen der Firma einstimmig ab.

In gleicher Zeit werden die „normalen“ Massenentlassungen fortgesetzt. In den nächsten Wochen werden nach Berechnungen zwischen den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie von dem zum Mannesmann-Konzern gehörenden Zechen „Consolidation“ und „Königin Elisabeth“ 3000 Mann entlassen. Am 10. Mai werden in der Abteilung Förder-Berein der Vereinigten Stahlwerke 800 Arbeiter entlassen, die Kündigung ist heute ausgesprochen worden.

Dem verstärkten Vorstoß der Unternehmer wird von der Arbeiterchaft des gesamten Industriegebietes mit größter Empörung begegnet. Die Mahregelung roter Betriebsräte und Vertrauensleute wegen des Streiks ist das Tagesgespräch in

SPD.-Mord- und Kriegsheße zusammengebrochen

Jeder schmutzige Renegatenschwindel ist den Sozialfaschisten zur Verleumdung des Bolschewismus willkommen

In einer Sitzung des Rechtsausschusses des Preussischen Landtages wurde die Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen des tragischen Todes unseres Genossen Leuthner in Moskau verhandelt, der im Jahre 1923 überfallen wurde und nach einer Operation seinen Verletzungen im Krankenhaus erliegen ist. Die Sozialdemokraten sind in der widersprüchlichsten Weise bestrebt, diesen Vorgang zur Mordheße gegen die Sowjetunion und die KPD. aufzubauhen.

Die Verhandlungen im Rechtsauschuss gestalteten sich zu einer großen Blamage für die sozialdemokratische Fraktion. Herr Kuttner als Berichterstatter machte dem Preussischen Justizministerium Vorwürfe, daß das Verfahren gegen „Unbekannt“ nicht weiter gediehen sei. Dem Auswärtigen Amt warf er vor, daß es nicht eine stärkere Verfolgung der Sache von der Sowjetregierung verlangt hätte.

In Wahrheit beruhen die Anschuldigungen, die Kommunistische Partei habe Leuthner beiseite schaffen lassen, auf haltlosen Gerüchten, die der Renegat Dohel in Düsseldorf nach sechs Jahren aufgefrischt hat, um seinen Austritt aus der Partei sensationell aufzubauhen.

Herr Dohel behauptete, vor Gericht den Nachweis für seine Anschuldigung erbringen zu können, während nach der Auskunft des Justizministeriums bis jetzt noch nicht einmal ausreichende Anhaltspunkte für die Eröffnung einer gerichtlichen Voruntersuchung sich ergeben haben.

Als Herr Kuttner (SPD.) und Herr Bertin von einem „Verschwinden“ des Genossen Charpentier in Rußland sagten, konnte Genosse Menzel diese Lügen sofort festnageln, weil er selbst die Ehefrau Charpentiers veranlaßt hat, zu ihrem erkrankten Mann nach Rußland zu reisen und diese ihm Bericht erstattet habe, wie sie ihren Ehemann vorgefunden und nach seinem Ableben beerdigt hat.

Der Ausschuss faßte einstimmig den Beschluß, daß nach beschleunigtem Abschluß der schwebenden Ermittlungen in Deutschland das Auswärtige Amt nochmals wegen einer Auskunft an die Sowjetregierung heranzutreten solle, welches Ergebnis die Untersuchung des Falles dort gehabt hat.

Der Abend-Vorwärts wärmt unter der Ueberschrift „Ein Deutscher in Rußland ermordet“ den alten Schwindel von der angeblichen Ermordung Leuthners wieder auf und beschuldigt diesmal in infamer Weise den Genossen Stöcker, wegen politischer Meinungsverschiedenheiten die Ermordung Leuthners veranlaßt zu haben. Dieser Schwindel ist so hart, daß auf ihn nicht einmal mehr sozialdemokratische Leser hereinfallen werden.

Doch dieses elende Lügengewebe zerfällt schon durch die Tatsache, daß zwischen Stöcker und Leuthner vor 25 Jahre überhaupt keine politischen Meinungsverschiedenheiten bestanden!

Es muß eben jämmerlich um die Argumente der sozialdemokratischen Bonzen gegen uns stehen, wenn sie diesen blauen Schwindel von Zeit zu Zeit und jedesmal in etwas veränderter Form wiederholen müssen. Vor einigen Monaten hieß es im Gegenlag zur heutigen Konart des Schwindels, L. habe als Mitglied der Zentralen Kontrollkommission zu sehr in irgendwelche „Scheinmisse“ hineingeknarrt und sei deshalb ermordet worden. Später hieß es, die KPD. habe L. wegen Spionageverrats „erledigt“, und nachdem man für all dies auch nicht den Schatten eines Beweises erbracht hat, kommen die erbärmlichen „Vorwärts“-Demagogen jetzt mit angeblichen „politischen Meinungsverschiedenheiten“, die tatsächlich nicht bestanden haben.

Wir erklären noch einmal kategorisch diese ganze Heße für einen typisch sozialdemokratischen Schwindel, ohne aus der Zukunft hinzugeben, daß er nicht alle paar Monate von neuem anzustellen wird.

den Betrieben. Die Arbeiterchaft erhält einen anschaulichen Unterricht darüber, wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind. Der Haß der Industriegegnern gegen die oppositionellen Kollegen ist der beste Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsopposition die Arbeiter im Kampf gegen das Unternehmertum führt. Dieselben Industriegegnern, die oppositionelle Betriebsräte auf das Pflaster werfen, passieren mit den Gewerkschaftsführern.

Die Vorgänge im Industriegebiet müssen die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands auf sich lenken. Das, was jetzt im westdeutschen Industriegebiet vor sich geht, ist die Einleitung zum Generalangriff des Unternehmertums auf die Lohnsätze des deutschen Arbeiters. Die Gewerkschaftsbürokratie wird bestenfalls „oppositionelle“ Phrasen drehsen, sie wird aber niemals den Kampf gegen die Unternehmerröffe ohne organisieren. Nur die Gewerkschaftsopposition ist gewillt und imstande, diesen Abwehrkampf zu führen. Die Arbeiterchaft muß sich um die Gewerkschaftsopposition scharen, wenn sie die Schläge der Unternehmer parieren will.

Genosse Slang vor dem Hungerstreik

Gegen seine widerrechtliche Enterkerung als Untersuchungsgefangener durch Leipzigs Klassenrichter

Leipzig, 5. Mai. (Sig. Drahtbericht.) Der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“, Genosse Slang (Gambel), dessen scharf geschliffene satirische Artikel und Glossen die kapitalistische Ausbeutergesellschaft wie Dolchstiche trafen, wird ohne jede Begründung weiter in Leipzig als Untersuchungsgefangener im Gefängnis gehalten, obwohl er seine Festungshaft von zwei Jahren bereits angetreten hat. Er wird in der Gefangenenanstalt I in Leipzig gehalten und die Justiz raubt ihm dadurch die einem Festungsgefangenen zustehenden Vergünstigungen. Streichhölzer werden ihm verweigert, statt der ihm zustehenden fünf Stunden täglichen Spaziergang erhält er nur eine halbe Stunde. Er kann sich nicht, wie alle übrigen Festungsgefangenen, in entsprechender Weise selbst betätigen. Auch die „Rote Fahne“ wird ihm vorenthalten.

Gegen diese unerhörten Schikanen, gegen diesen offenen Rechtsbruch der Klassenjustiz hat Genosse Slang schon mehrmals

Textilarbeiter im Kampf gegen Lohnabbau!

In der Textilindustrie des Mittelales im badischen Schwarzwald haben die Unternehmer einen Lohnabbau angeordnet. Die seit dem 1. November 1927 geltenden Höchstlöhne für über 25 Jahre alte Arbeiter wollen die Arbeitgeber, wie verlautet, von 65 auf 60 Pfennige herabsetzen. Als Abwehrmaßnahme haben alle Belegschaften zum 15. Mai ihre Kündigungen eingereicht. Es handelt sich um etwa 2000 Textilarbeiter.

Die Kündigungsaktion ist von den reformistischen Gewerkschaftsführern angeordnet worden, die damit aber nur vorkäufchen wollen, daß sie etwas gegen den Lohnabbau tun. Die reformistischen Gewerkschaftsführer suchen in Wirklichkeit nur nach einer Gelegenheit, um den Kampf so bald als möglich abzuwürgen. Es ist daher notwendig, daß die Textilarbeiter sich eigene, selbstgewählte Kampfleitungen schaffen, wenn sie den Lohnabbau abwehren wollen.

auf das Schärfste protestiert. Immer wurde er verhöhnt, daß er bald Bescheld bekommen würde. Die Geduld des Genossen ist erschöpft.

Genosse Slang hat sich entschlossen, in den Hungerstreik zu treten, um so mit verschärfter Kraft den Kampf gegen die unerhörte Willkür zu führen.

Wessen Faust ballt sich da nicht bei dem Gedanken, mit welcher abgrundtief gemeinen Terrormethode die herrschende Klasse die revolutionären Schriftsteller verfolgt. Die Arbeiterchaft wird nie und nimmer dulden, daß einer ihrer Besten, der eben noch das Terrorurteil von zwei Jahren Festungshaft für die Sache des Proletariats auf sich nahm, durch solche Folterungen noch stärker an Leib und Leben getroffen wird. Gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und der Roten Hilfe gilt es, unseren Genossen Slang aus den mörderischen Klauen der Klassenjustiz zu entziehen.

Dr. Klausners „katholische Aktion“

in der Berliner Jörgiebel-Polizei

Unter dem Oberkommando des Bischofs Schreiber von Berlin und des vor wenigen Tagen ebenfalls neuingerückten päpstlichen Kuntius löst die „katholische Aktion“ nunmehr ganz offen auch unter den Polizeibeamten vor. In der „Germania“ vom 29. 4. berichtet Polizeioberleutnant Nölle, daß vom 17.—21. Mai in Berlin-Biesdorf religiöse Exerzitten für Polizeibeamte abgehalten wurden. „In Biesdorf“ — so schreibt Oberleutnant Nölle — „betet man mit der ganzen Inbrunst seines Herzens, dort sucht man seinen Gott, prüft man sein inneres Verhältnis zu ihm, in Biesdorf macht man sich einmal Gedanken über den Sinn und den Zweck des Lebens mit all seinen Drangsalen, Beschwerden und Widerwärtigkeiten, dort sucht und findet man seinen Frieden mit sich selbst, mit der Welt und seinem Schöpfer.“

Die kommunistische Landtagsfraktion hat zu dieser Sache folgende Kleine Anfrage eingebracht:

Kleine Anfrage der Abgeordneten Schwent, Rasper, Golte, Jendrecht.

Nach einer Meldung der „Germania“ Nr. 1963 vom 29. 4. 30, finden in Berlin-Biesdorf vom 17.—21. Mai 1930 religiöse (katholische) Exerzitten für Polizeibeamte statt.

Polizeioberleutnant Nölle schreibt dazu folgendes:

„Aber auch für die anderen Kameraden wird es nicht schwer sein, sich für diese Zeit beurlauben zu lassen, wie sicherlich jeder Dienststellenleiter alle Bestrebungen, die geeignet sind, unsern Stand zu heben, grundtätlich unterstützen wird.“

Wir fragen:

1. In welcher Beziehung stehen diese „Exerzitten“ zu dem Dienst- und Auszubildungsverhältnis der Polizeibeamten?
2. Wird zur Teilnahme an diesen „Exerzitten“ Urlaub erteilt?
3. Wenn ja, in welchem Umfang?
4. Wird dieser Urlaub auf den jährlichen Erholungsurlaub angerechnet?

Wahrscheinlich sollen diese katholischen Exerzitten den Polizeibeamten, die im Interesse des kapitalistischen Ausbeuterstaates hungernde Gewerkschafter niederdrücken oder niederknien, von vornherein „vor Gott Absolution erteilen“.

Groener vor Gericht

Seit 2½ Jahren läuft im Zusammenhang mit der bekannten Kieler Munitionsschieberaffäre eine Sache dieser Kieler Firmen gegen den Reichswehrminister Groener. Diese schwer verurteilenden Munitionsschieber haben sich dadurch beleidigt gefühlt, daß Groener sie in einer Reichstagsitzung mit einem ähnlichen Namen belegt hatte. In der Gerichtsverhandlung kam es also darauf an, daß von Seiten des Reichswehrministers der Beweis für die Munitionsschieberaffäre dieser Firmen geleistet würde. Damit darüber aber nicht allzuviel bekannt wird, wurde die Öffentlichkeit von der Verhandlung ausgeschlossen und die Verhandlung selbst auf den 17. Mai vertagt.

Mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit und der Taktik der Verschleppung hoffen die deutschen Klassengerichte, diese imperialistische Munitionsschieberaffäre allmählich zu verbeden.

Otto Braun bedt die Zoll- und Steuerwucherer!

Nachdem am 6. März die Beratung des Haushalts des Preussischen Staatsministeriums durch eine Provokation des sozialfaschistischen Vorhändlers im Hauptauschuss des Landtags scheiterte, wurde sie heute zu Ende gebracht. Heilmann, der Schwererdiener bei der SPD., beklagte es, daß die Deutschen und andere Partigruppen in der Frage der Geschäftsordnungsverschlechterung zur Kröbelung der Kommunisten in den Ausschüssen nicht alle sozialfaschistischen Pläne unterstützen hätten.

Genosse Schulz-Kentzlin riefte das Sündenregister Otto Brauns und seiner Regierung auf. Die Müller-Hilferding-Regierung hat unter Billigung der Preußenregierung über eine halbe Milliarde Mark neuer Zoll- und Steuerlasten im Jahre

1929 auf die Schultern der Beschloßen gepackt. Und die Müller-Regierung fand keinen ernsthaften Widerspruch bei der Preußenregierung, als sie im Dezember 1929 neue 725 Millionen Steuererhöhungen den Massen aufbürden wollte. Der Beauftragte des Preussischen Staatsministeriums, Staatssekretär Weiskmann, erklärte sich im Reichsrat schließlich bereit, die Beschlüsse der Reichsrats-Ausschüsse, die nur 3,5 Millionen freiden wollten, anzunehmen. „Wir haben alles Verständnis für die Notlage des Reichswehrministers“, erklärte Weiskmann, nachdem dem Reichswehrminister der Etat für 1930 40 Millionen mehr auswarf.

Auf die Anklagen des kommunistischen Redners magte Braun nicht zu antworten. Zur Frage der Erwerbslosigkeit mußte Braun kein Wort zu sagen, obgleich der kommunistische Redner auf die katastrophale Lage der Millionen erwerbsloser Proletarier hingewiesen hatte. Geprächtig dagegen war Braun, als ein deutschnationaler Abgeordneter Tiersehufzfragen erörterte.

Werttätige Bauern gegen die „Grüne Front“

Die vom Europäischen Bauernkongreß in ihre Dörfer zurückgekehrten Delegierten berichten von den Arbeiten des Europäischen Bauernkongresses. Mit aller Schärfe verurteilen diese Kleinbauern den Ueberfall Jörgiebels auf den Kongreß der Ueberfall hat ihnen die Augen geöffnet. In Resolutionen geben die Bauern ihrer Empörung Ausdruck. Besonders in Schleswig-Holstein wurden in den Dörfern nach dem Bericht des Bauerndelegierten den Resolutionen mit großer Begeisterung zugestimmt.

Gegen die grüne Front der Großgrundbesitzer stellen wir die Front der Werttätigen, die Front der ausgebeuteten Bauern und Arbeiter her!

Polnische Kriegssignale

Nach dem Warschauer Attentat

Das Bombenattentat auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau muß ein Alarm signal für das internationale Proletariat sein. Es zeigt mit voller Deutlichkeit, daß die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion äußerst akut ist. Man muß die Tatsache in Betracht ziehen, daß das letzte Attentat nur ein Glied in der langen Kette der Sowjetfeindlichen Provokationen ist.

Die Entdeckung der Bombe und die rechtzeitige Verurteilung des Attentats rief in der faschistischen Presse Wutausbrüche hervor. Sie läßt sich allerdings durch das Mißlingen des Attentats nicht abschrecken und führt die Heftkampagne gegen die Sowjetunion verstärkt weiter. Zwischen den Zeilen läßt sie durchblicken, daß die Sowjetgesandtschaft selbst dieses Attentat inszeniert habe (!). Die sozialfaschistischen Calaien wollen ihnen nicht nachsehen. Das Zentralorgan der PPS, „Robotnik“, behauptet zynisch, daß die Bombe allem Anzehen nach im Lager der GPK hergestellt worden sei (!).

Einige Tage vor dem Attentat saßte der faschistische Außenminister Jalecki in einem Interview von der Friedensfertigkeit Polens. Mit schöntönenden Phrasen über den Frieden will der polnische Faschismus seine feberhaften Kriegsvorbereitungen verhüllen. Diese heuchlerischen Versicherungen finden aber keinen Glauben bei den werktätigen Massen und in den Reihen des internationalen Proletariats. Das Bewußtsein, daß der polnische Faschismus zum Kriege gegen die Sowjetunion rüstet, ist in Polen so allgemein, daß sogar das reaktionär-bürgerliche nationaldemokratische Blatt „Gazeta Warszawska“ schreibt: „daß die absolute Aufrichtigkeit der Erklärung des Ministers Jalecki angezweifelt werden kann und dadurch das eigentliche politische Ziel seines Auftretens — die Ueberzeugung der öffentlichen Meinung von der Friedlichkeit Polens — nicht im vollen Maße erreicht wird.“

Man kann offen sagen, daß es in Polen kein Gebiet gibt, daß nicht in dem einen oder anderen Maße von den Kriegsvorbereitungen erfaßt wäre. Die Rüstungen werden immer stärker betrieben, die Waffen- und Munitionstransporte aus den „befreunden“ Ländern vermehren sich, strategische Eisenbahnen werden gebaut, die Industrie wird den Kriegszwecken angepaßt, man geht sehr daran, die Eisenbahnen, die Bergleute zu militarisieren; gegen den Willen der werktätigen Massen werden militärische Übungen durchgeführt, provisorische Mobilisierungen organisiert, die militärische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Nachbarstaaten gegen die Sowjetunion — wie es der letzte Besuch des rumänischen Generalstabschefs in Warschau bezeugt — enger.

Gleichzeitig wächst der Haß der breiten Arbeitermassen gegen die Pilsudski-Cliquen. Demonstrationen von Arbeitslosen und Arbeitern werden immer häufiger veranstaltet. Der verstärkte Terror, die Mobilisierung großer Polizeikräfte, Maschinengewehre und Giftgas sind nicht mehr imstande, das Wachstum und Erstarren der antifaschistischen Offensive des Proletariats aufzuhalten. Auch die Bauernmassen lehnen sich immer mehr auf, sie weigern sich, die Steuern zu zahlen, vertreiben die Steuerbeamten und Vertreter der faschistischen Verwaltung. Die nationale Bewegung der ukrainischen und weißrussischen Massen vertieft sich. Sie erkennen mit jedem Tage, daß nur der solidarische Kampf mit dem Proletariat von ganz Polen unter der Führung der Kommunistischen Partei ihnen die Befreiung vom kapitalistischen Joch und von der polnischen Okkupierung bringen kann.

Die faschistische Diktatur sucht einen Ausweg aus dieser schweren Lage. Sogar die von einem der bekanntesten christlich-demokratischen Führer, Korsanty, in Katowice herausgegebene Zeitung „Polonia“ schreibt, daß „in der gegenwärtigen Atmosphäre es ungeheuer leicht ist, aus einem nichtigen Unläch ein Kriegsabenteuer zu entfesseln. Wir erinnern an das Emser Telegramm Bismarcks und an die Verhandlungen von Borsissow im Jahre 1920... Politische Abenteuer verschiedener Kalibers, die ihre letzte Chance in ihrem eigenen Lande verspielt haben, die mit einem Zuge mittels eines glänzenden Kriegstriumphes alle Sorgen loswerden möchten“.

Die Gefahr des Krieges wird immer unmittelbarer. In dem Maße, wie sich die Vorbereitungen des Faschismus zum Kriege gegen die Sowjetunion steigern, muß auch der Kampf

Unterstützt die große indische Revolution!

Ein Aufruf der Liga gegen Imperialismus

Die Liga gegen Imperialismus erläßt an die Arbeiter aller Länder einen Aufruf zur Unterstützung der indischen Revolution, dem wir folgendes entnehmen:

Indien ist heute der Brennpunkt des Freiheitskampfes der Hunderte von Millionen Kolonialsklaven, die durch den britischen Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Die Bewegung für nationale Unabhängigkeit hat sich in den letzten Monaten mit ungeheurer Schnelligkeit von einer konstitutionellen Bewegung unter bürgerlicher Führung zu einer revolutionären Massenbewegung der Arbeiter, Bauern und des radikalisierten Kleinbürgertums entwickelt. Unter dem schrecklichen und immer stärker werdenden Druck der imperialistischen Ausbeutung, und trotz einer seit Jahren auf Kompromisse mit dem Imperialismus ausgehende Politik der Führer, sind nunmehr die indischen Massen unter Führung der Industriearbeiter zur offenen Revolte übergegangen, um ihre volle nationale und soziale Freiheit zu erkämpfen.

Trotz der Anstrengungen der offiziellen Führung des indischen Nationalkongresses, die revolutionäre Energie der Massen durch die Parole der Gewaltlosigkeit abzuschwächen, haben die Massen die Initiative ergriffen und leisten in wachsendem Maße der Polizei und dem Militär aktiven Widerstand.

Die revolutionäre Energie der Massen, die bereits in einer Reihe entschlossenen durchgeführter und langandauernder Streiks der Industriearbeiter zum Ausdruck kam, verbreitert und vertieft sich von Tag zu Tag. Der Aufstand breitet sich von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf aus.

Angesichts der allindischen Massenbewegung und bemüht, Indien weiterhin unter der Herrschaft des britischen Imperialismus zu halten, nimmt die sogenannte „Arbeiter“-Regierung MacDonalds zu den äußersten und brutalsten Formen der Unterdrückung, die je in Indien zur Anwendung gelangten,

Zusucht. Macdonald verwendet Maschinengewehre, Panzerwagen, die Polizei und ihre Torturmethoden, das Standrecht, Ausnahmegehete und die Maschinen der imperialistischen Gerichtshöfe gegen die Arbeiterklasse und ihre Führer, in denen er die wirkliche Gefahr für das Weiterbestehen der britischen imperialistischen Ausbeutung sieht. Diese Tatsache zeigt, daß Ramsay Macdonald genau weiß, daß nicht Gandhi und andere Kongreßführer, sondern die Arbeiterklasse die wahre antiimperialistische Kraft in Indien darstellt.

Die Ausbreitung der Unabhängigkeitsbewegung und das rasche Tempo ihrer Entwicklung hat heute schon die Auffassung Gandhis über den passiven Widerstand gestört, und die Massen schaffen sich im Verlauf des Kampfes ihre eigene Führerschaft.

In diesem heldenhaften Kampf der indischen Massen muß das Proletariat Europas, Amerikas und vor allem Großbritanniens unverzüglich den Beweis seiner aktiven Solidarität liefern. Sie müssen die Freilassung der verhafteten Arbeiterführer verlangen.

Sie müssen alle Kräfte der Arbeiterklasse in Bewegung setzen, um die Terrorherrschaft der Arbeiterregierung Macdonalds in Indien, die Indiens Städte in Militärverwalter verwandelt hat, die in Indien mit dem Ausnahmezustand regiert, die Arbeiter in Massen verhaften und niederdrücken läßt und Mordurteile von einem bisher noch nicht dagewesenen Ausmaß verhängt, zu entlarven und anzuklagen. Sie müssen Massenversammlungen zur Unterstützung der indischen Unabhängigkeitskämpfe organisieren und das äußerste tun, um den Transport von Truppen und Kriegsmunition nach Indien zu verhindern.

Nieder mit dem britischen Imperialismus!
Nieder mit der imperialistischen Macdonald-Regierung!
Es lebe das unabhängige Indien!

Aufstandsbewegung in Südafrika

Strasenkämpfe in Worcester

London, 5. Mai. In Worcester (östlich von Kapstadt) kam es am Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen Eingeborenen und Polizeitruppen, die sich zu Strassenkämpfen steigerten und auch am Montag noch andauern. Bis jetzt wurden fünf Eingeborene getötet, der Befehlshaber der Polizei sowie zwei Polizisten schwer verletzt.

Die Polizei war in eine Eingeborenen-Versammlung eingedrungen und versuchte aus der Menschenmenge heraus einen Mann zu verhaften, der nach dem amtlichen Bericht mit einem Karabiner bewaffnet war. Die Eingeborenen verhinderten die Festnahme, worauf ein heftiger Kampf einsetzte. Nach zehn Minuten mußte sich die Polizei mit Verlusten zurückziehen. Verstärkungen gaben mehrere Salven in die Menge ab.

Die britischen Behörden haben sämtliche Europäer in

für die Verteidigung der Sowjetunion gesteuert werden. Auf den zahlreichen Meetings und Demonstrationen kam die Parole der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes immer lauter zum Ausdruck.

Das Warschauer Attentat ist ein deutliches Zeichen, daß die Brandstifter an der Arbeit sind, daß sie nicht einen Moment in ihren Vorbereitungen und ihrer Hege zum Kriege gegen die Sowjetunion aufhören. Das internationale Proletariat muß höchste Wachsamkeit walten lassen, um diese Bemühungen zu durchkreuzen.

J. Bratkowski (Warschau).

Worcester ersucht, sich zur Verstärkung der Polizei Kräfte bereitzustellen. Durch diese Maßnahme hat sich die Erregung der Eingeborenen gewaltig gesteigert.

Polnische Arbeiter vertreiben Nationalisten

Edingen, 5. Mai. Bei einer Tagung von 800 polnischen nationalstaatlichen Jugendabteilungen kam es hier zu heftigen Zusammenstößen mit der Arbeiterschaft.

Als in der Stadt bekannt wurde, daß die Nationalisten auf ihrer Konferenz die revolutionären Arbeiter auf das schlimmste beschimpften, kümdte die Arbeiterschaft das Tagungsort. Unter starker polizeilicher Bedeckung ließen sich die Nationalisten zum Bahnhof transportieren.

Massenvertrieb der beschlagnahmten „Humanité“

Paris, 5. Mai. Wie die „Humanité“ mitteilt, wurden von ihrer beschlagnahmten Mainnummer 8000 Exemplare unter den Augen der Polizei aus der Druckerei wegtransportiert und restlos umgelegt. Bei den illegalen Mairdemonstrationen in Paris rissen sich die Arbeiter um ihre verbotene Zeitung. Ein kleiner Teil der Auflage konnte sogar in die Provinz verschickt werden.



Copyright by Holz-Verlag, Wien-Berlin.

46. Fortsetzung

Wir gehen durch die Markthalle; sie ist voll von Butter, Wurst, Geflügel, Fleisch, Käse. Wir kaufen und essen — und merken: Die ganze Wohnung von einem Monat ist wie weggeblasen. Wir gehen ins „Soldatenheim“, schluden den schlechten „Kaffee“ und beobachten das Treiben. Jeder kommt von irgendwo, geht irgendwohin, hat mit sich zu tun. Kinder und Männer, schon dem Greisenalter nahe, lassen sich müde nieder, stehen wieder auf und gehen.

Am Ausgang stehen zerlumpte Kinder, unterernährte Frauen, alte Mütter und Männer und betteln steinerweichend um einen Brocken Brot. Man ist schon daran gewöhnt; die meisten gehen teilnahmslos vorüber. Als ich meinen Brotbeutel öffne und zwei Kindern Brot gebe, stürzen mehrere auf mich zu und betteln händeringend. Ich gebe, was ich noch habe und gehe. Meine Kameraden gehen ebenfalls. Da kommt ein Posten und jagt sie fort. Sie laufen ein Stück und bleiben wieder beobachtend stehen.

Wir gehen ins Lausfrematorium und ziehen die entlausten Sachen wieder an. Sie hängen uns am Leib wie zerknaushtes Papier. Wir spüren Luft zum Baden und suchen eine Badesanstalt. Volksbadeanstalten fehlen, so landen wir in einem Bad für „bessere Stände“. Wir bezahlen eine Mark, werden maßfirt, abgerieben, mit kübeln voll Wasser übergossen und wie hohe Herrschaften behandelt. Als wir alle Komplimente ignorieren, wird die Bedienung frostig. Wir verlassen die Anstalt als minderwertige Gäste, weil wir kein Trinkgeld geben. Wir verstehen nicht, was man uns nachmurmelt, können es uns aber denken. Auf solche Kundenschaft gibt man dort nicht viel. Wir gehen, es ist schon Abend, in ein Restaurant und esse

Abendbrot. Das Unglaubliche wird Wahrheit: ich sehe vor einer Portion Schweinebraten mit Kartoffeln und einem Glas leiblich trinkbarem Bier. So überwältigend erscheint mir der Augenblick, wo der dampfende Braten vor mir steht. Ich esse und esse, aber es will nicht schmeiden. Der Magen ist voll von all dem, was wir in uns hineingegessen haben. Aber wir wollen doch den Tag festlich begehen, wollen uns etwas Besonderes leisten, sind wie Kinder.

Zwei Frauen sitzen am Nebentisch und schauen uns zu, sehen, wie ich den Teller zurücksciebe. Die jüngere lacht. Ich bin etwas verlegen, weiß nicht recht, ob ich ihr Lachen erwidern oder ignorieren soll, weiß nicht, wer sie ist, was sie will. Ohne nur, daß es ihr gleich sein mag, wen sie anlacht.

Da steht sie auf und fragt mich, ob ich fertig sei mit Essen und ob sie den Rest nehmen darf. Es kostet sie höchlich Ueberwindung, noch dazu, da ich sie nicht gleich verstehe. Als ich bejahe, nimmt sie den Teller und schleicht fort. Sie teilen sich beide den Rest. Ich bin wie mit Eiswasser übergossen, so erwidert.

Der lange Bayer ruft sie noch einmal. Sie kommt auch, stützt beide Hände auf den Tisch und horcht. „Wollt ihr Brot haben?“ fragt er. Als sie bejaht, zieht er ein halbes, hartes Kommissbrot aus seinem Brotbeutel und gibt es ihr. Sie wird etwas rot, beacknt sich und geht.

Ich zähle mein Geld, es ist schon stark zusammengeschnitzelt. Aber was schadet es, Sophie habe ich zwei Pfund Schmalz und etwas Wurst geschickt und für mich: kommt Zeit, kommt Rat. Ich bestelle für die beiden noch zwei große Glas Bier.

Dann gehen wir.

Die zwei Frauen kommen hinter uns her. Man fragt und antwortet: das alte Lied, man weiß schon, was man will. Mir ist das alles so unjagbar jämmerlich. Nein, hier nicht, um keinen Preis, nicht für Brot!

Ich verabschiede mich kurz. Nach einer Weile kommt nur der andere, ein Flensburger, hinter mir her, Gemüsehändler im Nebenberuf. Der Bayer ist mit der jüngern übereingekommen und mitgegangen. Der Gemüsehändler wollte die andere nicht. Sie ist ihm zu alt.

Wir trotten nach der uns angewiesenen Kaserne und melden uns. Eine größere Stube vereint etwa sechzig Mann von unserm Kommando.

Der Bayer kommt erst am anderen Morgen. Ich frage ihn nicht, verarge ihm nicht, daß er mitging. Ich verarge auch dem

Weiß nicht, daß sie ihren Leib für ein hartes Kommissbrot hinarbeitet, sie hungert ja nicht zum Spaß. Man zwingt sie zum Hungern.

Aber der Gemüsehändler kann sich nicht zufriedengeben. „Na, Seppel“, sagt er, „hast gut geschlafen?“

Seppel sieht ihn zornig und sagt: „Halt's Maul, g'schertter Hammel, gehst du an Dred a!“

Dann trinken wir Kaffee, der Bayer sitz neben mir; mag sein, ihn freut, daß ich nicht frage und daß er gerade deswegen zu mir spricht:

„Dös is a Sünd und a Schand“, sagt er, „zwei kleine Mädal sind noch da gwe'n und a alter Mann. Der alte Mann war der Vater von die beiden Frauen, die ältere ist die Mutter von die Kleinen. In ein Loch haufen's alle jam, im Keller, auf Lumpen liegen's alle dort. Der Mann von der Älteren hat für Rußland kämpft und ist g'fallen. Koan Wennig kriegen's, Jagen sie, und i glaub's. Die Kinder und der Alt' sind über das Brot hergefallen wie die Ratten. Da verzehrt dir der Appetit, kann i dir sag'n. Da könnt ein's Herz brechen.“

Abends empfangen wir Brot; ein großes Brot für drei Tage. Wir essen es im Anfang nicht immer auf; einige haben noch Geld und kaufen sich Weißbrot. Der bayerische Soldat sammelt die Reste, holt auch von mir ein Stück ab. „Sie ham mit so bettelt“, sagt er, „i soll ihnen a biß Brot bringa, wenn ich eins hab, und i hab's verprochen. Warum sollen mir das nüt tun, Iso wegen die arm klein Hahserln.“

Unser „Kursus“ übertrifft an Stumpfsinn alles bisher Dagewesene. In einer von der Militärverwaltung übernommenen Fabrik stehen eine Reihe Kanonen oder auf Holzböden befestigte Kanonenrohre. Diese Rohre sind innen aufgerissen; eine häufige Erscheinung. Ist ein Rohr innen lädiert, muß der Riß bis auf das gesunde Fleisch herausgeschickt werden, damit das durchgejaagte Geschoß nicht von neuem hängen bleiben kann. Vor jedem Rohr sitzt ein Soldat mit einer an einem langen Stock befestigten Feile und fiedelt. Man muß müde, um den Riß herauszufilein, das Rohr von innen her fast durchgefilet werden. Der Zweck der Übung ist aber nicht, dieses Rohr wieder brauchbar zu machen, sondern — feilen zu lernen. Da an den meisten Löhern gar nicht sichtbar ist, wie weit die Arbeit der letzten Monate fortgeschritten ist, sieht jeder vor seinem Kanonenrohr und bewegt stumpfsinnig den Fiedelstab hin und her.

(Fortsetzung folgt)

Rund um den Erdball

Deltuchfabrik in die Luft geflogen

Ueber 50 Tote, mehr als 100 Schwerverletzte

London, 5. Mai. Am Montag vormittag gegen 12 Uhr ereignete sich in der Deltuchfabrik der Gebr. Ribbys in Liverpool eine schwere Explosion. Sie wurde durch ein Feuer verursacht, das in einem der Maschinen in einem neuen Fabrikgebäude ausgebrochen war. Nach den bisherigen Feststellungen sollen mehr als 100 Arbeiter schwere Verletzungen davongetragen haben. Ueber die Zahl der Todesopfer sind bisher noch keine genauen

Angaben bekannt, doch befürchtet man, daß die Zahl der Toten 50 noch übersteigen wird.

Nach ergänzenden Mitteilungen bildete verhältnismäßig kurze Zeit nach der Explosion das neue Fabrikgebäude ein einziges riesiges Flammenmeer. Aus allen Teilen der Stadt eilten Feuerwehrabteilungen und Rettungswagen an die Unglücksstätte. Der reguläre Verkehr mußte in weitem Umkreise umgestellt werden. Zur Zeit ist die gesamte verfügbare Feuerwehr Liverpool in angelegentlichster Tätigkeit.

Rüstungswahnsinn des Dollarimperialismus



Die militärischen Rüstungen der imperialistischen Staaten wachsen trotz heuchlerischen Abrüstungskonferenzen und Friedensphrasen ins Ungemessene, ganz besonders trifft dies auf die Luftleistungen zu. So bildete noch bis vor kurzem die Fliegerbombe vom Gewicht einer Tonne den Rekord der Technik des Massenmordes. Nunmehr haben die Dollarimperialisten auch auf diesem Gebiete eine Spitzenleistung vollbracht. Nach längeren Versuchen ist es ihnen gelungen, ein riesiges Projektil zu konstruieren, das nicht weniger als 40 Zentner wiegt. Mit diesen Riesenhombomben ist jetzt eine Auswahl amerikanischer Bombenflugzeuge ausgerüstet. Ein Vergleich mit den danebenstehenden Soldaten läßt die ungeheuren Ausmaße des Projektils, das in der Lage ist, einen ganzen Stadtteil in Trümmer zu legen, deutlich erkennen.

Der Blumengarten der Farmerin

Bell Gunas; der weibliche Blaubart, brauchte für ihre ermordeten Männer einen eigenen Friedhof

In La Porta County, im amerikanischen Staate Indiana, brauchte die Frau einer Frau namens Bell Gunas ab. Als die Trümmer später aufgeräumt wurden, fand man darin die vier verkohlten Leichen einer Frau und dreier Kinder und in dem Blumengarten vor dem abgebrannten Hause die Leberreste zahlloser Leichen von Männern, die, wie die Untersuchung später einwandfrei ergab, alle gewalttätig ums Leben gebracht waren. Ob die unter den Trümmern aufgefundenen weibliche Leiche die Farmerin Bell Gunas ist, konnte dagegen nicht zweifelsfrei festgestellt werden.

Seit Jahren kursierten in der Umgegend von La Porta County um die Person der Bell Gunas die widersprechendsten Gerüchte. Aber erst nach dem Brande ihrer Farm kam man durch die genaue Funde in ihrem Blumengarten auf die Spur einer endlosen Reihe von blutigen Verbrechen.

Wie die polizeilichen Untersuchungen bisher ergeben haben, heiratete Bell Gunas als junges Mädchen einen an Jahren viel älteren Mann, dessen sie bald überdrüssig wurde und da eine ganz nette Versicherungssumme winkte, vergiftete sie ihn eines Tages. Bald nach dem Tode des ersten Mannes ging sie eine neue Ehe ein, bei der sie die Bedingung stellte, daß sich dieser Ehemann ebenfalls hoch verschulden müsse. Das geschah. Nach zwei Jahren erlitt auch ihn sein Schicksal.

Ein schweres Handball fiel, wie die Frau feinerzeit angab, mit solcher Wucht auf seinen Schädel, daß er auf der Stelle starb.

Da aber niemand zu der Zeit im Hause gewesen war, wurde sie unter Mordverdacht verhaftet. Man konnte ihr jedoch nichts beweisen und mußte sie daher bald wieder entlassen.

Nach einiger Zeit erschien in einer amerikanischen Zeitung folgendes Inserat:

„Hübsche junge Witwe, vereinsamt, Besitzerin einer schönen Farm, wünscht die Bekanntschaft eines wohlhabenden, ehrenwerten Mannes zu machen. Briefe zwecklos, wenn der Schreiber nicht Willens ist, bei erster Gelegenheit sich persönlich vorzustellen.“

Natürlich meldeten sich auf diese verlockende Anzeige Hunderte von Männern, worauf die „hübsche junge Witwe“ in aller Ruhe ihre Auswahl treffen konnte.

Das erste Opfer wurde Ole Linboe. Er brachte zwar nicht 10 000 Dollar mit, sondern nur ein paar Hundert. Doch nannte er einen wertvollen Brillantring und einen kostbaren Pelz sein eigen. Die „junge hübsche Witwe“ war darob etwas enttäuscht, doch auch Ole Linboe sah seine Erwartungen nicht ganz erfüllt.

Denn Bell Gunas erwies sich als eine äußerst großgliedrige Frau mit männlicher Muskelkraft.

Doch der gute Ole überwand seine Enttäuschung und heiratete sie. Aber nur wenige Wochen dauerte der „Honeymoon“. Dann war er eines Tages plötzlich verschwunden. Wie sich nun herausgestellt hat, ist

Ole Linboe mit dem Bell erschlagen, in der Kuchenschammer künftgerecht zerlegt und dann in dem Privatfriedhofe dieses weiblichen Blaubarts bei den anderen „beigelegt“ worden.

Das nächste Opfer war verträglich und brachte seine ganzen Ersparnisse mit. Als nach kurzer Zeit Nachbarn sich nach dem Verbleib dieses Mannes erkundigten, gab Bell Gunas an, „er sei in eine andere Gegend gefahren“.

Jahrelang kamen und verschwanden auf diese geheimnisvolle Art und Weise noch viele durch Heiratsannoncen in den großen bürgerlichen Sensationsblättern angelockte Männer. Wieviele Opfer aber Bell Gunas tatsächlich ums Leben gebracht hat, ist nie genau bekannt geworden. Wenn man den wilden Gerüchten, die in ganz Indiana kolportiert werden, glauben soll,

so soll diese Massenmörderin nicht viel weniger wie 100 Männer ermordet und in ihrem Privatfriedhof verscharrt haben.

Ob die unter den Trümmern der abgebrannten Farm gefundene weibliche Leiche Bell Gunas ist, konnte ebenfalls nicht festgestellt werden. Man vermutet vielmehr, daß sie das Feuer selbst angelegt hat, um die Spuren ihres Verbrechen zu verwischen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß diese furchtbare Massenmörderin jetzt in einer anderen Gegend von neuem beginnt, ihre unheimliche Tätigkeit auszuüben.

Schwere Wirbelstürme über Japan

Bisher 107 Leichen geborgen

Tokio, 5. Mai. Seit mehr als vierzig Stunden wütet ein heftiger Taifun über der südlichen Hälfte der Insel Sachalin und der Insel Hokkaido. Bisher wurden 107 Leichen geborgen. Ein japanisches Schulschiff, das Nagasaki verlassen hatte und tagelang vermisst wurde, ist mit schweren Beschädigungen in einem japanischen Hafen eingetroffen.

Schweres Grubenunglück in Spanien

Schlagende Wetter töteten elf Kumpels

Madrid, 5. Mai. In einem Bergwerk in Barcelona in der spanischen Provinz Asturias ereignete sich eine furchtbare Schlagwetterexplosion, bei der elf Bergleute ums Leben kamen, von denen erst sechs geborgen werden konnten. Als Ursache muß das geradezu verheerende Fehlen der nötigen Sicherheitsmaßnahmen bezeichnet werden, die besonders im spanischen Bergbau sträflich vernachlässigt werden.

Für 125 000 Dollar Opium verbrannt

Wie chinesische Zeitungen berichten, haben Beamte der chinesischen Zollverwaltung von Schanghai kürzlich für mehr als 125 000 Dollar Opium, das in den letzten Wochen auf einlaufenden Schiffen beschlagnahmt wurde, verbrannt. Außerdem sind für 30 000 Dollar Morphium vernichtet worden.

Falchengefabrik ausgehoben

In Duisburg-Oberfeld gelang es, eine vollständig eingerichtete Werkstatt zur Anfertigung falcher Maschinen auszuheben. Fünf Personen konnten festgenommen werden. Dem Haupttäter gelang es, per Auto die Flucht zu ergreifen.

100 Jahre französische Fremdenlegion



Mit großem patriotischen Klimum und Trara feiert die französische Kolonie Algier zur Zeit die Hunderjahrfeier ihrer Eroberung durch französische Truppen. Aus Anlaß dieses imperialistischen Räuberjubiläums steckte man einige Korporalschaften der Fremdenlegion, dieses aus allen kapitalistischen Ländern zusammengewürfelte, bedauerenswerte Kanonenfutter, in die alte Affenkostümierung des Jahres 1831.

Kämpfe zwischen Zigeunern und Gendarmen

In der ungarischen Gemeinde Igal kam es zwischen Zigeunern und Gendarmerie zu blutigen Zusammenstößen. Als die Gendarmen einen wegen Einbruchdiebstahl verhafteten Zigeuner abführen wollten, erklärten sich seine Stammesgenossen mit ihm solidarisch und gingen mit Spaten und Beilen auf die Gendarmen los. Bei der entsetzenden Schießerei wurden zwei Zigeuner getötet, einer schwer verletzt.

Riesenbrände in Amerika

In einer Stadt 300 Häuser eingäschert

New York, 5. Mai. Infolge der großen Hitze und der damit verbundenen Trockenheit sind an der amerikanischen Ostküste zahlreiche Riesenbrände ausgebrochen. In der Stadt Nashua, 60 Kilometer nordwestlich von Boston, steht das Regierungsviertel, zwei Fabriken und die Eisenbahnstation in hellen Flammen. Bisher sind 300 Häuser eingäschert.

Riesige Waldbrände haben auch Staaten Island, südlich von New York, heimgesucht. Mehrere hundert Sommerhäuser der New Yorker Multimillionäre sind verbrannt worden.

Maipredigt des Kanzel-„Genossen“ Fritze

Das Organ der Kölner Sozialen Union die „Rheinische Zeitung“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 3. Mai von einer „andachtsvollen Stunde in der Kölner Trinitatiskirche“, in der „Genosse“ Pfarrer Fritze als Hauptredner der diesjährigen religiösen Maifester über „Gottesglaube, Dienstgedanke und Sozialismus“ blödelte.

„Für viele Anwesende“, so schmierz ein Genosse aus der „Lieben Gemeinde“ in dem Bericht der „Rheinischen Zeitung“, muß diese außerordentlich stark besuchte Feiertagsstunde ein eigenartiges Erlebnis gewesen sein, in der

Kirche Gottes die Idee des Sozialismus so wirkungsvoll verkündet zu hören.

Über gewiß ist es niemanden entgangen, daß die Verbindung von Christentum und Sozialismus in dieser Form durchaus sinngemäß ist und sowohl das Christentum als auch den Sozialismus zu ihrer eigentlichen Erfüllung in unserer Gegenwart bringt.“

Somit der von der andachtsvollen Maifesterstunde ganz aus dem Häuschen geratene sozialdemokratische Tintenkuli „Genosse“ Fritze dagegen fand von der Kanzel noch öligere, noch schmaltzige Töne. „Liebe Gemeinde“ soll er gesagt und dabei einen echten pfäffischen Augenaufschlag gen Himmel riskiert haben: „Liebe Gemeinde, teure Genossinnen und Genossen! Für den, der es richtig hört, ist das Evangelium nicht Opium, sondern die revolutionärste Macht der Welt! (Marx, sich) auf, und schlag Deinen Schändern mit „der heiligen Familie“ um die Ohren, daß ihnen Sehen und Hören vergeht!“

„In dem Evangeliumwort: „Einer trage des andern Last“ kriecht echtes Christsein mit echtem Sozialistsein zusammen. Echtes Christsein aber bedeutet, aus dem Glauben an die Vaterschaft Gottes Bruder aller zu sein, als Bruder aller so im Leben zu stehen, daß alle Unterdrückten wissen und fühlen: Ich stehe bei ihnen.“

Wenn wir heidnischen Kommunisten bisher geglaubt haben, daß der Sozialismus eine verflucht irdische Angelegenheit sei, dessen Fundament in der wissenschaftlichen Erkenntnis des materialistischen Marxismus wurzelt und daß die Weltarbeiterklasse diese Wirtschaftsform, in der es weder Ausgebeutete noch Ausbeuter, noch Schleiher vom Schlage des „Genossen“ Fritze gibt, zäh erkämpfen müssen, werden wir jetzt eines Besseren belehrt. Der Kanzel-Fritze gibt als letzte sozialdemokratische Weisheit nicht mehr oder weniger von sich, daß „der Sozialismus im tiefsten Grunde lebt — von Christus“.

„Eine lautlose Stille im weiten Raum des Gotteshauses“ schließt der eingangs erwähnte Tintenkuli ganz erschütternd, zeugte von dem tiefen Eindruck der Ansprache, die zu einer letzten Bestimmung des Christen auf sein Christentum und des Sozialisten auf seinen lebendigen Sozialismus herausforderte.“

Jamohl, bei dieser ungeheuerlichen Schändung des sozialistischen Gedankens durch einen sozialdemokratischen Pfaffen muß jedem Arbeiter, auch dem sozialdemokratischen, vor Entsetzen und Verachtung der Atem stillstehen. Aber nur einige Sekunden, dann muß er mit der Faust auf den Tisch schlagend und ausruhen: Verdammt, bis hierher und nicht weiter! Schluß mit dieser auf der Kirchenkanzel verrottenden Partei!

Breslau

Muttertag

Von einer alten Arbeiterin

Wenn man jetzt durch die Straßen Breslaus geht, sieht man in jedem Blumengeschäft ein Plakat hängen mit der Aufschrift: „Ehret die Mütter!“ Ich frage, ob das eine Ehrung der Mütter bedeutet, wenn man ihre Kinder von Jugend an ausbeutet, sie zehn Stunden und darüber hinaus für ein paar Bettelbrosche schuftet, wenn man die Höhe und Preise für die wichtigsten Lebensmittel erhöht, wenn man die Mieten täglich steigert, wenn man statt Kinderpeinigung Panzerkreuzer baut, wenn man den erwerbslosen Frauen keine Unterstützung gibt oder sie stundenlang auf die paar Pfennige wartet läßt, bis sie zusammenbrechen, wenn sie oft mit acht bis zehn Kindern in einer Stube zusammengedrängt hausen müssen? Oder ist es Ehrung der Mütter, wenn man gegen sie den verruchten § 218 anwendet? Ist es nicht Hohn, wenn man den Arbeiterfrauen bei der Geburt des zwölften Kindes eine „Prämie“ in Form einer Porzellan-tasse gibt?

Wir proletarischen Frauen wissen, was wir von den sogenannten „Ehrungen der Mütter“ zu halten haben. Statt Muttertage durchzuführen werden wir alle proletarischen Frauen mobilisieren, mit uns zu kämpfen, Seite an Seite mit den Männern, um die Verbesserungen der Lebensbedingungen des Proletariats, für den Sozialismus!

Tagung des Provinziallandtages

Gestern trat im Landeshause der Niederschlesische Provinziallandtag zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Neben den einzelnen Etats der verschiedenen Gells, Pflege, Fürsorge und sonstigen Anstalten stehen als überragende Punkte der Gesamthaushaltsplan für Provinz und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Beratung. Oberpräsident Lüdeman n redete in seiner Eröffnungsrede über die „besondere Ostnot“ und „hoffte“ auf „Berücksichtigung aller Kreise durch Reich und Staat“. Zum Landtagsvorsitzenden wurde wiederum W and m a n n (SPD) mit Mehrheit gewählt. Die Tagung dürfte bis Mitte nächster Woche dauern. Der heutige und morgige Tag sind mit Ausschuss- und Fraktionsarbeiten ausgefüllt. Erst am Donnerstag 9.30 Uhr tritt das Plenum wieder zusammen.

Meldet Quartiere zum Bezirksparteitag

Für den in Breslau stattfindenden Bezirksparteitag Erschießens der Kommunistischen Partei werden für die Nacht vom Sonntag, den 10. Mai, auf Sonntag, den 11. Mai, eine größere Anzahl Quartiere benötigt. Wir ersuchen unsere Leser, die in der Lage sind, Quartiere zur Verfügung zu stellen, diese im Parteisekretariat, Oberstraße 23, oder bei den Quartierobleuten der Stadtteile zu melden.

Öffentliche Frauenversammlung

Am morgigen Mittwoch, um 20 Uhr, bei Rablerstraße, Girsch, Ede Hofstraße, für den Stadtteil Nordost.

Betriebsarbeiterinnen, erwerbslose Frauen und Mädchen, Hausfrauen! Kommt zahlreich und hört, was auch die Kommunisten zu sagen haben.

Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, im „Roten Löwen“, Kupfer-schmiedestraße, wichtige Mitgliederversammlung des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes.

Die Hauptfrage — der Titel! Die gestrige „Schlesische“ bringt den Bericht über einen Waldbrand bei Jöhben. Da wird erstmals einmal gefordert, daß sich die „drei bis fünf Breslauer Waidervögel, die bei den Waidarbeiten ohne Hemd dem Flammen entgegengehen, und sich dabei Arme und Haare versengen (!) ihre Adresse angeben sollen. Weiter wird als besondere Forderung hervorgehoben, daß der „Prinzlich Schleich-Garolatsche Revierförster Ubert“ gegen Anteil an der Bekämpfung des Brandes genommen habe. — Wir bewundern die Gründlichkeit der „Schlesischen Zeitung“, der es gelangt, selbst aus dem Chaos eines Waldbrandes die kostliche Perle eines prinzipiellen Fröherheitsartikels zu retten.

Selbstmord. Am Montagabend wurde der 34jährige Maurer F. K. in seiner Wohnung in der Sedanstraße mit Gas vergiftet tot aufgefunden. — Am Sonntag beobachteten Spaziergänger,

Der stabilisierte Hunger-Etat der Stadt Breslau

Von Stadtratsarbeiten Friedrich S ylla

(Fortsetzung)

Die Stadt ist bekanntlich der größte Hausbesitzer. Ihr gehören insbesondere im Zentrum der Stadt viele Häuser, die größtenteils gar spät in der Verfallszeit von ihr angekauft worden sind. Da die geplanten Sanierungsarbeiten infolge des Geldmangels nicht durchgeführt werden können, werden die Häuser noch fleißig ausgenutzt. Meist handelt es sich um äußerst bauwürdige Häuser, deren hygienische und sonstigen Verhältnisse allen Beschreibungen spotten.

Deswegen werden auch die Mittel für die bauliche Unterhaltung dieser Häuser, die im Jahre 1928 noch 294 000 Mark betragen, im Jahre 1929 260 000 Mark, im diesem Jahre auf 160 000 Mark gekürzt. Die Mieter dieser Häuser werden also 1930 benachteiligt auf die Ausbesserung ihrer Wohnungen warten können. Sie können ja in den ungesunden Wohnungen zugrunde gehen, wenn nur der Magistrat „spart“.

Dieser „Sparmaßnahmen“ ist auch die Volksberatungstelle zum Opfer gefallen. Diese ist seit dem 1. April aufgelöst, da die Kosten hierfür, etwa 26—30 000 Mark im Jahre, nicht mehr „tragfähig“ waren. Die meisten der Hilfsbedürftigen sind also nunmehr den Rechtsanwälden und zweifelhaften Wirtskontrollanten ausgeliefert. Merkwürdigerweise nimmt man bei der Berechnung der Warmbäder von Erst erhöht man den Preis für ein Brausebad von 20 auf 25 Pfg. und für ein Warmbad von 50 auf 60 Pfg. und setzt dann die Gesamtsumme um 26 000 Mark weniger ein, da infolge der Preissteigerung der Besuch der Bäder ohne weiteres zurückgehen wird. Die „Volksstube“ am Montag und Dienstag ab 18 Uhr zum alten Preis werden nur zur Folge haben, daß die Badenden stundenlang auf ihr Bad warten müssen. Das Ganze nennt dann der Magistrat „Gesundheitspflege“.

Wofür es immer Geld hat

An erster Stelle ist hier das Stadttheater zu nennen. Obwohl es andauernd heißt, daß das Stadttheater mit Schluß der Spielzeit geschlossen werden sollte, findet man im diesjährigen Etat eine halbe Million Mark hierfür als Zuschuß eingelegt. Bei dieser halben Million bleibt es aber nicht, wie die Vergangenheit gelehrt hat, sondern es kommen im Laufe des Jahres immer noch einige Hunderttausende von Mark hinzu. Schätzt man die Besucherzahl auf etwa 160 000 Personen in den zehn Spielmonaten, so ergibt sich, daß die Stadt Breslau für jeden Besucher einen Betrag von 3 Mark auslegt. Rechnet man die Zuschüsse des Staates hinzu, so erhöht sich der Betrag um ein Beträchtliches. Da das Stadttheater zum überwiegenden Teil eine Unterhaltungstätte der besitzenden Klasse ist, ersieht man wiederum, daß die von der wertvollen Bevölkerung aufgewachten Mittel dazu dienen müssen, den Ausgehern des Proletariats einen verbilligten Theaterbesuch zu ermöglichen.

Das Defizit der „Wuwa“ muß nachträglich aufgebracht werden

In dem Etat „Beteiligung an Einrichtungen für Kunst und Wissenschaft“ (!) findet sich an ganz verdeckter Stelle ein Posten von

wie der 30jährige Bauarbeiter Paul M. aus Jöhben sich auf dem Eisenbahnstamm der Umgehungsbahn in verdächtig Weise aufstellt. Sie riefen röhrend einen Polizeibeamten herbei. M. hatte die Absicht, sich von der Eisenbahn überfahren zu lassen. Dieses wurde dadurch verhindert, daß der Lebensmüde in polizeiliche Schutzhaft genommen wurde. M. bekam jedoch einen Lobhudeleinsatz, so daß er in die Herdenheilstalt Einweisungsbefehl gebrocht werden mußte.

Verkehrsunfälle. Am Montag fuhr der Mannrepper P o h l auf der Fichtestraße mit seinem Fahrrad den Ohlauer Stadtgraben entlang, als ihn in der Höhe der Bahnhofstraße ein Personentransportwagen überholte, erfasste und auf das Straßenpflaster schlenkerte. Mit schweren Kopfunden blieb P o h l bestunungslos liegen. — Die beruflose Maria Matzela vom Lehndamm wurde am Montag beim Ueberqueren des Fahrdammes der Matthiasstraße von einem Radfahrer angefahren. Sie kam zu Fall und erlitt erhebliche Verletzungen.

Demonstration im Stadtteil West. Dienstag, 19 Uhr, Antreten zur Demonstration gegen das KSP-Verbot am Westpark.

Arbeiterkassen. Dienstag von 20—22 Uhr Übungskassen bei K a f f e r, Neue Antonienstraße 2.

160 000 Mark als erste Rate zur Deckung des Gehilbetrages bei Ausbesserung „Wohnung und Werkraum (Wuwa)“. Daraus wird schonhaft festgestellt, daß das Defizit 608 244 Mark, also rund 800 000 Mark, betragen. Der Jahre haben also die Breslauer Proletarier an diesem Defizit zu tragen. Die Schuldigen an dieser Ausbesserung, der Oberbürgermeister W a g n e r und der verfallene Stadtbaurat K l e h o f f, die bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten aber brauchen keinen Menny für die Pleitenausstellung zu tragen. Sie haben nur den „Mumm“ für sich in Anspruch genommen, die Kosten haben die Proleten zu bezahlen. Im übrigen sei nur noch erwähnt, daß das Defizit der „Wuwa“ noch größer ist, nur sind die übrigen Summen in anderen Etatspositionen versteckt. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert zu erfahren, wo eigentlich die Summe, die der Panzerkreuzer auf der „Wuwa“, das Lebigenheim, erforderliche und noch weiter erfordert, enthalten sind. Trägt diese die Sieblungs-WG., und sind deshalb die Mieten im Kampf so teuer geworden, oder sind diese im Titel „Mietwohnungsbau“ unter Verwendung der Hauszinssteuer enthalten?

Im Etat für 1930 finden sich auch 35 000 Mark als Zuschuß für die Durchführung der „Deutschen Kampfspiele“, einer rein nationalsozialistischen Veranstaltung, denen die „linken“ Sozialdemokraten im Stadtparlament getreu der Seeringischen Anweisung, Arbeiter- und bürgerlichen Sport „unter einen Hut“ zu bringen, ihre Zustimmung geben.

Als Subvention für den Luftverkehr sind 70 000 Mark eingelegt. Damit trägt Breslau zur Aufrechterhaltung einer späteren Luftkriegsflotte auch sein Scherflein bei.

Für festliche Schmausereien anlässlich Kongressen und Empfängen hat man 35 000 Mark bereitgestellt. Damit möglichst viel berartige Kongresse mit Festessen stattfinden können, setzt man ein einmal beim Wechsamt 30 000 Mark für „Berbetätigung“, dann beim Wirtschaftsamte ebenfalls 30 000 Mark für „Berbetätigung“. Zur Verfügung des Oberbürgermeisters werden wie in jedem Jahre 10 000 Mark gehalten, doch hat man noch nie erfahren, was dieser ehrenwerte Herr eigentlich mit den Geldern macht.

Die Stadt zahlt jedes Jahr 125 000 Mark Vereinsbeiträge

Man hält es nicht für möglich, aber es entspricht der Tatsache. Jede kleinste Verwaltung ist Mitglied eines oder mehrerer Vereine, und so kommt man zum Schluß auf die stattliche Summe von rund 125 000 Mark, ohne die einmaligen oder laufenden Beiträge, die die Stadt an die diversen Organisationen zahlt. Für diese durchweg werkschaftlichen Vereine werden also Summen herausgeworfen, die andererseits auf Kosten des Proletariats eingepart werden.

Die Industriebelastung erfordert 364 000 Mark

Die beim Dawes-Vertrag geschaffene Industriebelastung ist noch in Kraft und müssen die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, die Straßenbahn, die Gaswerkverfassung und die Marktschall hierfür insgesamt 364 020 Mark aufbringen, eine Belastung, die durch Erhöhung der Werksgebühren von der wertvollen Bevölkerung hereingeholt wird.

(Fortsetzung folgt.)

Wer gegen jeden Personal-Abbau

gegen Lohnkürzung, gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen wirtschaftliche und politische Unterdrückung ist, der muß am Wahltage, dem 11. und 12. Mai, die Stimme der revolutionären Gewerkschaftsopposition geben.

Mitteilung. Um Irrtümer zu vermeiden, sei mitgeteilt, daß Erwin Hain, Oberstraße 14, und Fritz Seitz, Landwehrstraße 68, nicht Mitglieder des Landes-Erwerbslosen-Ausschusses sind.

Lassen. Todesfahrt auf dem Motorrad. An der Chausseekreuzung in Lausitz rief das Auto eines Hochbau-konstrukteurs aus Forst mit einem auf der Fahrt nach Dilmachau begriffenen Motorrad zusammen. Der eine Motorradfahrer, Bädermeister Hoffmann aus Losen, wurde auf der Stelle getötet, während sein Soziusfahrer, der Bädermeister U e b e r s c h ä r aus Schönau, einen Knochenbruch und Kopfverletzungen davontrug.

Die „Ja“ ruft zum Vorstoß an der Kulturfront!

Die „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur“ (Ja), Orts-kartell Breslau, hielt dieser Tage ihre Vertreter-versammlung ab, in der eine Reihe wichtiger Fragen der Arbeiterkultur besprochen wurden. Es handelt sich um die Entschlebung von Keuland, um Besuche. Es ist notwendig, darüber einiges zu sagen.

Als erstes wird die „Ja“ in den nächsten Tagen eine W e - t r i e b s k a m p a g n e beginnen. Die Arbeiter einer Anzahl großer Breslauer Betriebe werden sofort nach Arbeits-schluß in Betriebs-versammlungen eingeladen werden, in denen neben einem kurzen Referat über aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen, Rezitationen bekannter Mitglieder der Breslauer Vereinigten Theater, Darbietungen einer Agitproptruppe und der Musikgruppe der „Ja“ das Programm bilden werden. Diese Kampagne stellt eine notwendige Ergänzung der bisherigen Arbeit der „Ja“ dar und wird sicher gute Erfolge haben.

Die weiteren Pläne für die „Ja“-Arbeit der nächsten Monate haben u. a. folgende Ziele: Schaffung eines Arbeiterkinder-Theaters, eines Arbeiter-Theaters und Durchführung einer großen Arbeiter-Kultur-Schau.

Was das Arbeiterkinder-Theater anbetrifft, so werden als nächstes einige Vorarbeiten nötig sein, die eine Grundlage für eine spätere Weiterentwicklung und Vollenbung dieses Plans darstellen sollen. Zuerst wird dieses Kinder-Theater nur Handpuppen-spiele bringen. Selbstverständlich keine Geschichten vom „bunnen Kasper“ und auch nicht vom „Märchenprinzen“ und ähnlichem — ihren Inhalt wird das wahre Leben der Arbeiterkinder bestimmen. Es soll nicht nur Freude, sondern auch Aufklärungs- und Erziehungs-mittel sein. Die Handpuppenspiele werden in den einzelnen Stadt-teilen, sowohl in Sälen wie im Freien, gezeigt werden.

Das Breslauer Arbeiter-Theater, dessen Gründung bereits in Angriff genommen ist, soll das erste Mal den Versuch machen, wirkliches Arbeiter-Theater zu sein. Nicht nur, daß es für die Arbeiter spielen soll, es soll überhaupt von Arbeitern gebildet werden. Zur Unterstützung dieses nicht leichten Vorhabens stehen eine

Reihe künstlerisch und fachlich erfahrener Helfer zur Verfügung, so daß die Gewähr dafür geboten wird, daß auch dieser Versuch zu einem Erfolge führt. Aufgabe des Arbeiter-Theaters wird es u. a. sein, die Breslauer Arbeiter mit jenen Bühnenwerken vertraut zu machen, die das bürgerliche Theater nicht zeigt. Daraus sollen auch Experi-mente neuartiger Bühnen- und Stoffgestaltung unternommen werden, die das, was bisher theoretische Diskussion gewesen ist, in die Praxis umsetzen werden, wenn auch vorerst nur in bescheidenem Umfange.

Die Arbeiter-Kultur-Ausstellung: Auch hier ist schon einiges vorbereitet worden. U. a. steht ihr Termin fest. Sie findet in der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November in den Ausstellungshallen am Christophorusplatz statt und wird alle Gebiete der Arbeiterkultur in möglichstst Anschaulichkeit berück-sichtigen. Auf der Ausstellung werden u. a. in Erscheinung treten: „Plastik und Malerei“, „Photo und Photomontage“, „Das politische Plakat“, „Arbeiter-Theater“, Baufragen, sowie jene Gebiete der Arbeiterkultur, die bereits ihre Organisationen haben, wie Freil-denker, Esperantisten, Arbeiterjäger usw. Die gesamte Ausstellung soll keinesfalls nur berichtserstattenden Inhalt haben, sondern soll die Arbeiterkultur als Kampfwaffe gegen die Reaktion zeigen.

Die Pläne der „Ja“ sind, das geht aus dieser Aufzählung nur einiger, wenn auch der wichtigsten, Vorhaben hervor, groß. Sie können nur gelingen, wenn es der „Ja“ möglich ist, für ihre Arbeit breitere Schichten der wertvollen Bevölkerung zu interessieren. Die „Ja“ wird in den nächsten Tagen die verschiedensten Organisationen um ihre Unterstützung ersuchen. Wir hoffen, daß dem Rufe gern und in dem notwendigen Umfange nachgekommen wird.

Wer beteiligt sich?

Ende Mai will die „Ja“ eine große Revue „Deutschland, Deutschland über alles“ aufführen. Zu diesem Zweck wird eine Anzahl Genossen und Genossinnen gebraucht, die unter Leitung von Bea Lindberg und Karl Barzila an die Sprech- und

zemischen Arbeiten herangehen wollen. Die erste Zusammenkunft findet kommenden Freitag um 22.30 Uhr statt. Solal wird noch bekanntgegeben. Wir ersuchen vor allem die bisherigen Mitglieder des Sprechchors und die Genossinnen und Genossen, die sich beim Arbeiter-Theater zur Verfügung stellen wollten, zu erscheinen.

Am kommenden Montag erfolgt dann eine Zusammenkunft von Arbeiterkinder, um einen Kindersprechchor zu gründen. Auch hierüber wird noch Näheres bekanntgegeben.

Delit-Theater. Im Delit ist Ausverkauf in stummen Filmen. Auch dieses Theater bekommt jetzt eine Konfilm-Apparatur. Man zeigt einen Amerikaner „Krieg der Geschlechter“, der hervorragend photographiert ist. Handlung: ein ehrfamer Familien-vater gerät in die verlockenden Arme einer dem Spieker pridelnde Glückseligkeit verheißenden Kolotte, wird aber am Ende dann wieder durch die eigene Tochter ins behagliche Familienleben zurückgeführt. Die amerikanische Jugend hat wieder einmal gesiegt. Der Film ist nicht über Gebühr sentimentallisch, nur wird stellenweise mit zu starken Effekten gearbeitet. — Als Hauptfilm läuft „Alimente“ mit Lucie Engelich, Margarete K u p f e r und Kurt W e s p e r m a n n in Hauptrollen. Guter Anlauf, aber dann wird die Sache sehr erlogen. Eine Pförtnerfamilie lebt von den 300 Mark monatlichen Alimenten, die ihre Tochter für ein Kind von ihrem Juniorsel kriegt, in Saug und Braus. Aber dieser Chef bekommt edelmütige Wallungen und will das Kind durchaus mit in die Ehe mit einer anderen Frau nehmen. Inzwischen ist aber der angeblick richtige Vater, ein junger Grünkränhdler, aufgetaucht und beansprucht den Sohn für sich, obwohl 10 000 Mark Zwangsbau vor der anderen Seite winken. Und er führt tatsächlich das Fräulein Mutter vor den Traualtar, womit auch die deutschen Jugendbelange wieder einmal gerettet sind.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Ober-schlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Ober-schlesien Fritz G e n d r o s c h, Gleiwitz; für Unter-schlesien: Karl G a r s d o r f, Breslau.

Waldenburger Bergland

Aus der Gemeindevertretung Nieder-Salzbrenn

Aus der letzten Sitzung des Gemeindeparlamentes Nieder-Salzbrenn sei folgendes erwähnt: Bei dem Verkauf eines Siedlungsgrundstückes stimmten die SPD'ler nicht dafür. Das darf uns nicht wundernehmen, der Käufer ist keine Abgeordnete Person. Bis auf diese Ausnahme hat immer die SPD den Grundbesitz der Gemeinde verschont. Mit bürgerlicher Mehrheit wurde der Verkauf des Grundstückes beschlossen. In einer Entschließung wurde die Eingemeindung mit Liebichau verlangt. Der Mietvertrag für den Fleischereibau wurde von den Bürgerlichen und der SPD in die geheime Sitzung geschleppt. Unser Genosse Groger sprach sich scharf gegen die geheimen Sitzungen aus. Für Mietverträge für das zweite Achtstundentage wurde von unserer Seite, wie schon beim ersten, der Quadratmeter mit 7 Mark beantragt. Die Bürgerlichen und SPD'ler beschloßen, die Mieten so festzusetzen wie beim ersten, das heißt mit 8 und 8,50 Mark. Dazu kommt noch, daß die Hauszinssteuerbelastung umgelegt werden kann, wenn der Zinssatz steigt. Dann wurde über die Errichtung eines Amtes für Verbesserungen gesprochen. Ein Majorität in der „Dreierwahl“ faßt, daß es von bürgerlicher Seite abgelehnt wurde, sagt aber nicht, als derselbe Antrag von unserer Seite schon einmal gestellt wurde, daß es ein Noth war, der erklärte: „Wir brauchen kein derartiges Amt“ und empfahl es abzulehnen. Die Sportler von hier kennen die Politik dieser Sorte Leute. Zur Tagesordnung stand wiederum die Frage: Was erhebt die Gemeinde: Gewerbesteuer- oder Lohnsummensteuer? Unser Genosse sprach sich aus gegen Lohnsummensteuer und empfahl die Gewerbesteuer. Es wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen und Sozialdemokraten beschlossen, die Lohnsummensteuer beizubehalten. Unter den Beschlüssen des Hauusausschusses kam die Pflichtarbeit der angestellten Erwerbslosen zur Sprache. Wir forderten ihre Befreiung, da man dadurch die Gemeindefinanzen abbauen will. Ueber die Frage des Beitritt zum Zweckverband, der die Anstellung eines Bauteilkontrolleurs beabsichtigt, behält sich die Gemeindevertretung die Beschlußfassung vor. Nach Erledigung verschiedener kleinerer Vorlagen wurde die Sitzung nach 2½ Stunden geschlossen.

Oberes Revier

Seine Frau angeschossen

Hy. Als der Bergbauer Paul Stief in Neu-Lässig mit einer Schußwaffe hantierte, löste sich plötzlich ein Schuß und traf seine Frau. Sie liegt hoffnungslos danieder.

Schweidnitz

Wir grüßen unsere Genossen!

Nachdem schon vor einigen Tagen einer unserer Genossen, der seit dem 6. und 8. März sich im Arter bedarf, ins Krankenhaus eingeliefert wurde, alsdann auch der Fastbefehl aufgehoben werden mußte, hat man nun am 3. Mai auch unsere anderen drei Genossen entlassen müssen. Die monatelange Untersuchung hat unsere Genossen nicht bengen können. Wir begrüßen unsere Genossen! Sie werden zeigen, daß der Wille zur revolutionären Mitarbeit in ihnen verankert worden ist.

Siriegau

Der 1. Mai

Verständlich erhalten wir folgenden Bericht über den Verlauf des 1. Mai in Siriegau: Der 1. Mai ging unter großer Beteiligung der wertvollen Bevölkerung vor sich. Der Ring vor schwarz von Menschen, die alle die Ansprache des kommunistischen Redners hören wollten. Von dort formierte sich wieder ein Demonstrationzug bis zur „Stadt Breslau“. Von Arbeitern wird behauptet, daß unser Redner bedeutend mehr Zustimmung hatte als der SPD'ist.

Jauer

Nachtrag zum 1. Mai

A. A. Die Manifestation war am hiesigen Ort für die Partei ein großer Erfolg. Gegenüber der SPD war unsere Demonstration gerade nochmal so stark als ihr Auszug ins Grüne. In der Kundgebung am Ring beteiligten sich 300—1000 Personen, welche die Ausführungen des Genossen Hüller-Vollensheim mit Begeisterung aufnahmen. Dieses Mal wird wohl Schmiermasse von der Käsezeitung schmelzen.

Landeshut

Skandalöse Behandlung der Ausgesteuerten

Zimmer größer wird die Zahl der angestellten Erwerbslosen, immer geringer werden die Ausichten der Arbeitsbeschaffung. Ob in Landeshut, Liebichau, Schönberg oder in den Landgemeinden, überall tritt trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit eine Vermehrung der Erwerbslosenzahl ein. Landeshut hat zurzeit 250 Wohlfahrtsempfänger, ungerichtet denjenigen, welche infolge der rückständigen Fürsorgeeinrichtungen überhaupt keine Unterstützung erhalten. In vielen Fällen ist die Frau jetzt gezwungen, die Familie zu ernähren. Werden in den Städten die Ausgesteuerten mit den unzulänglichen Richtungsunterstützungen abgelehnt, so ist die Lage der Ausgesteuerten in den Landorten eine noch viel traurigere. Es liegen uns Fälle aus den Gemeinden Pfaffenort, Hafselsbach, Dittersbach, Blatzdorf bei Schönberg, Hartau, Grünau und anderen Orten vor, die empörend sind. Die Herren Gemeindevorsteher und sogar die Herren Gemeindevorsteher, in vielen Fällen sogar der SPD angehörende Arbeiter, stellen sich auf den Standpunkt, daß in der Gemeindefinanz kein Geld ist und lehnen infolgedessen die Unterstützungen ganz ab oder kürzen sie in unverantwortlicher Weise. „Geh zu Bauern“, ist fast in allen Fällen die Antwort des Dorfgewaltigen. Ob die Familie bei dem Einkommen dann zugrunde geht, geht diesen Christen und Patrioten nichts an. Auch in Landeshut bürgern sich unter der Leitung des Wohlfahrtsdeputierten Sozialdemokrat Fehner und der Billigung der Mitglieder der Wohlfahrtsdeputation Fälle ein, gegen die seitens der Arbeiterpartei scharf protestiert werden muß. Ist es nicht ein Skandal, daß sogar die Wochenhilfe und die Stillgebirger zur Kürzung der Unterstützung herhalten müssen?

Der gute Verlauf der Mai-Kundgebung sowohl in der Demonstration sowie in der einmündigen Kundgebung ist den Leuten am Schiller in den Kopf geblieben. Während die Sozialdemokraten dieses Jahr erst nicht einmal den Versuch wagten, sich öffentlich zu zeigen, geschweige für die Forderungen des 1. Mai zu demonstrieren, sondern am Sonnabend einen gemächlichen Sauf- und Tanzabend mit der Feste des Sanitäts Franzingenierten, versuchen diese Leuten in ihrer Eigenliebe die blödsinnigsten Berichte über diesen

Verlauf unserer Veranstaltungen zu bringen. Der Zuträger Menzel, welcher seinerzeit bei seiner Entlassung aus der Bauhütte nicht genug scharfe Worte gegen die SPD und die Bauhütte finden konnte, mußte entweder geschlafen haben oder zum Tügel krankhaft veranlagt sein. Können diese Leute nach ihrem Frühkonzert schon noch nicht mehr, da sie die Teilnehmerzahl unseres Demonstrationstages um mehr als die Hälfte heruntersetzten, dagegen ihre eigene Demonstration in Liebau, die gemeinsam mit der SPD-Opposition, die mit den Reformisten durch die dort gehen, stattfand, um das Mehrfache

Niederschlesien

Görlitz

Der SPD-Schwindel geht weiter

Ein Arbeiter schreibt uns: In Nr. 108 der Zeitschrift von der Luisenstraße schreibt ein offenbar ein Schwachsinn leidender Strichling, daß sich an der SPD-Kundgebung 2500—3000 Personen beteiligt hätten, dagegen hätten die Kommunisten nur 850 Personen auf die Beine gebracht. Ich will hier nur feststellen, daß jeder, der Gelegenheit hatte, den SPD-Umzug zu sehen, nicht in der Lage war, in demselben mehr als reichlich 1800 Personen zu entdecken, während sich an unserem Umzuge reichlich 1000 Personen beteiligten. Das wird jeder objektive urteilende Mensch feststellen können, der unseren Zug gesehen hat. Von auswärts haben sich nur einige Genossen aus Riesaß beteiligt, die am Vormittag schon ihre Veranstaltung hatten, während die SPD alle ihre umliegenden Ortsgruppen nach Görlitz gezogen hatte. Die SPD hatte wieder einmal daneben gelogen; ihr Bestreben, unsere Bewegung totzukübeln und zu verkleinern, läßt sie vor dem größten Schwindel nicht zurückbleiben. Polizeimeister Schulz war zum wahren Meirer außerordentlich worden. Er hatte nicht viel gelächelt, denn das Volkshaushier lachte; auch Thrum im Kran war schon recht durstig geworden. Wir sind der Sturm, schreibt die „Tante“, ganz recht, wenn der Sturm auf Ministerkessel gemeint ist. Jedenfalls ist die Arbeiterpartei von Görlitz auf dem Wege zur kommunistischen Partei. Der Ligenstreicher beginnt zu zerkleinern, und wir werden dafür sorgen, daß noch weitere Massen die Wahrheit erkennen.

Sagan

Herr Kuske baut! In Petersdorf, Kreis Sagan, hat die Siedlungsgesellschaft einen Teil des dortigen Gutes erworben. Neben dem Restgut wird von dieser durch den Bauherrn Kuske aus Metnitz ein Häuserbau ausgeführt. Herr Kuske gehört zu den Bauunternehmern, die schon des öfteren in der Stadt Sagan Bauten ausgeführt haben, und zwar dadurch, daß er durch Beschäftigung von ländlichen, unorganisierten Kollegen, denen er unter Tarif Lohn zahlt, die anderen Unternehmer im Kostenanschlag unterbietet. Es wäre an der Zeit, daß diesem Treiben des Herrn Kuske ein Ende gemacht wird. Baukollegen! Laßt euch nicht zu Lohnbrüchern mißbrauchen!

Lauban

Sozialisten „Sozialisten“

Im hiesigen Reichsbahnausbesserungswerk sind die Schloffer bzw. Vorarbeiter Meyer, Schulz und Klement beschäftigt. Meyer ist parteilos, Schulz Gemeindevertreter a. D. und Schiedsrichter Klement „aktiver Gemeinderat“, der kürzlich in zwei Fällen ein arbeiterfeindliches Gesicht zeigte. Spielen da eines Tages Schulknaben vor dem Fenster von Klements Wohnung in der Friedrichstraße — in Ermangelung eines Spielplatzes — Fußball. Darüber ärgert sich Klement, läuft als „sozialistischer“ Gemeindevorsteher zum Amtsvorsteher und erstattet Anzeige. Die Folge davon ist, daß an die zwanzig Schulknaben und ein Dutzend Arbeiterkinder zum Amtsvorsteher gezerzt werden und den Knaben das Fußballspielen vor dem Fenster des wohlhabenden Gemeindevorsetzers untersagt wird. Es ist erklärlich, daß Klement durch diese Denunziation beim Amtsvorsteher — zumal auch noch der Landjäger zur Beaufsichtigung der Friedrichstraße beauftragt wurde — sich den Groll aller Arbeiterkinder zugezogen hat. U. a. befand sich dabei auch der Schulknabe des oben genannten Vorarbeiters Meyer. Als nun Meyer eines Tages, an dem Klement eine Fuhre Holz aus dem R. A. W. abfahren will, sprachlos vor einem SPD-Mann gefragt wird, ob er denn nicht seinem „Freunde“ beim Holzabfahren behilflich sein will, gibt Meyer zur Antwort, daß dieser sein Holz allein abfahren möge. Trotzdem der Name Klement überhaupt nicht genannt war, ließ Klement zum Kadi, diesmal zu seinem Parteigenossen Schulz, und verklagte Meyer wegen Beleidigung. Und für SPD-Schiedsrichter Schulz war es ein willkommener Anlaß, laßt seines Amtes Meyer zu 19,20 Mark Geldstrafe (9,20 Mark Haftlohn und 10 Mark für die Armenkasse), zu verurteilen. Kommentar überflüssig.

Grünberg

Sozialdemokratische Pleite in Saabor

Wiel steht um Schonung in der Diskuffion

Der Versuch der SPD, durch eine Versammlungskampagne die durch ihre arbeiterfeindliche Politik abwandernden Arbeiter wieder einzulangen, wurde zu einer vollkommenen Pleite. Der schlechte Verlauf der Versammlungen zeigt, daß die Arbeiter auf dem Wege von diesen Salzen der Kapitalisten nichts mehr wissen wollen. In Saabor versuchte Bleil-Olgau die Schandtat der SPD zu verteidigen. Dabei wurde er öfters unterbrochen. Als er merkte, daß die Arbeiter anderer Ansicht waren, wurde er „radikal“ und meinte, daß die Kommunisten gute Leute seien, mit denen er sich noch einmal einigen wolle. Dazu zitierte er aus einer bürgerlichen Zeitung einen Satz aus einer Rede des Genossen K. Laube, den er in seinem Kram hinein verdröhte. Bleil ahnte aber nicht, daß Genosse Laube selbst in der Versammlung war. Am Schluß seines Referats

aufzulesen. Man schrebt dort von Hunderten von Teilnehmern, obwohl kaum ein knappes Hundert zur Stelle war. Ebenso verlogen ist der Artikel: „So wird es gemacht.“ Schiller, der tagtäglich seine stundenlangen Besuche auf dem Büro des Auf-Sozialdemokraten Fehner macht, will glaubhaft machen, daß bereits vor dem 1. Mai die Wohlfahrtsarbeiter für diesen Tag von der Pflichtarbeit befreit gewesen wären. Es berührt aber sehr eigenartig, daß davon die Wohlfahrtsarbeiter keine Mitteilung gemacht wurde, sondern sie zur Arbeit bestellt waren. Also ist diese Demagogie eines Schiller auch wieder entlarvt. Die Arbeiter können am Hand der von ihnen selbst zu kontrollierenden Fälle selbst sich ein Urteil bilden, mit welchen verlogenen Mitteln diese Partei zu arbeiten gezwungen ist, um den schwindenden Einfluß aufzuhalten.

lam er gleich an den Tisch unserer Genossen und sagte förmlich unter dem Bannwort, daß auch Nazis basieren, daß wir ihn doch schonen sollen in der Diskussion. Als erster sprach ein Nazi, der nicht einmal seine 16 Minuten Redezeit ausnützen konnte. Darauf nahm Genosse Laube das Wort. Schonungslos rief er den Nazis und den Sozialdemokraten die Maske vom Gesicht. Mehrere Male wurde ihm von dem fetten Versammlungsleiter das Wort entzogen, doch unter dem stürmischen Protest der anwesenden Arbeiter durfte Genosse Laube weiterreden. Das Schlusswort Bleils war ein köstliches Beispiel. Am Ende der Versammlung diskutierten wir mit den Landarbeitern. Kommt zu uns, und laßt uns in Versammlungen auf, so klang es wie ein Appell an die kommunistische Partei. Die Landproleten stehen vor den Toren der Partei. Darum Genossen: hinaus auf Land!

Neusalz

Zum ersten Male fand in Neusalz von seiten der kommunistischen Partei Neusalz und der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 1. Mai eine Demonstration statt. Mit Transparenten ging es durch die Straßen der Speigebürger und Arbeiter. So ist der Knoten endlich in Neusalz geplatzt, trotz Hebe der Gewerkschaftsopposition, trotzdem die SPD von Neusalz den Kindern Milch versprach, wenn sie in ihrem Zuge mitmarschieren. Auf dem Markt sprach Genosse Kadeitschle. Der Deutsche Legalarbeiterverband am Ort führte am Abend den „Klassenkampf“ mit Freitanz durch und wollte somit die Arbeiter von Neusalz von unserer Abendveranstaltung fernhalten. Es ist ihm aber nicht gelungen, denn die Bürokraten mußten ihren „Klassenkampf“ abbrechen wegen Mangel an Beteiligung. Unsere Abendveranstaltung erfreute sich eines guten Besuches. Das Programm war dem Tage angepaßt. Genosse Kadeitschle verstand es, in seiner Ansprache in zündenden Worten die Wege zu zeigen, wie wir zur Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland kommen werden. — Arbeiter, hinein in die SPD! Werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung“!

Mittelschlesien

Trebnitz. Nachtrag zum 1. Mai. Laut Bericht in dem „Volkstribune“ hatte die SPD eine Teilnehmerzahl von etwa 300 zu verzeichnen. Dies beruht aber nicht auf Wahrheit, denn wie festgestellt wurde, war kaum die Hälfte der Obenbenannten erschienen. Das ist erklärlich, wenn täglich einige aus der SPD austreten. Hätte ein Führer der SPD, den Teilnehmern nicht irgendeine kleine Vergütung versprochen, dann hätte die SPD mit noch weniger Leuten durch die Stadt ziehen müssen. Um so überraschender wirkte gegenüber dem sozialdemokratischen Umzuge die Demonstration der revolutionären Arbeiterpartei, die annähernd gleich stark war, wie die der SPD. Und das, obwohl die Ortsgruppe der SPD erst einige Wochen besteht.

Brieg. Auch hier vorwärts am 1. Mai! In Brieg, der Hochburg der Reaktion, der Spießer und SPD, die sonst wohl lächelnd über die „paar“ Kommunisten hinwegsehen, dürfte diesen Leuten am 1. Mai die Spude weggeblieben sein. Am frühen Morgen trat die Schalmeyenkapelle zum Wecken an; nicht weniger als 150 Arbeiter schlossen sich ihr an. Schon lange vor Anfang der Hauptdemonstration hatten sich Hunderte und aber Hunderte eingefunden. Genosse Hegel fand mit seinem Auftritte reichen Beifall. 400 Arbeiter reichten sich in den Demonstrationzug ein, und Hunderte begleiteten ihn auf den Fußsteigen. Auch die Brieger Proleten erwachen! Von 18—19 Uhr fand auf dem Ringe ein Platzkonzert der Schalmeyenkapelle unter registrierter Beteiligung statt. Dann marschierte man nach dem Weinberg. Der große Saal des Lokales war bei Beginn der Veranstaltung überfüllt, und die Rezitationen sowie das Theaterstück fanden stürmischen Beifall. Jeder Genosse gab bei den Veranstaltungen sein Bestes, nichts war zu merken von der Stimmung, wie sie bei den SPD'isten vorherrschend war. Als gegen 23 Uhr Genosse Hegel die Veranstaltung schloß, stimmte alles in das Hoch auf die Sowjetrepublik ein. Es war ein Kampfschrei am 1. Mai, den die Arbeiter nicht vergessen können und den sie halten werden.

— Aus dem Brieger Stadt-„Parlament“. In der letzten Sitzung hatten sich alle „Stadtväter“ zur „Beratung“ zusammengefunden nur das „Oberhaupt“ fehlte, diesem es angeblich zu einer Sitzung beim Oberpräsidenten war. Die Tribüne war durch eine große Anzahl von Proleten besetzt, sollte doch unser Genosse Schüller im Interesse der Armen der Armen ihre Forderung auf Bewilligung einer Wirtschaftshilfe vertreten. Doch den Herren „Parlamentariern“ war das nicht angenehm. Deshalb war der Antrag der Erwerbslosen aus „formellen“ Gründen nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, nachdem ihn der Magistrat bereits abgelehnt hatte. Die anwesenden Erwerbslosen gaben in stürmischen Zurufen kund, was sie von solch einem „Parlament“ halten. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden noch „harte“ Worte zwischen den Nazis und Sozis ausgetauscht, und der „unparteiliche“ Vorsteher spielte indes die getränkte Leberwurst. Zum neuen hat diese Sitzung bewiesen, daß das Parlament eine Schwachhude ist und bleibt. Die Arbeiterpartei erkennt immer mehr, daß ihr keine Parlamentswahlen und keine Reformen und Regierungskoalitionen helfen können. Deshalb hinein in die kommunistische Partei und kämpft mit ihr für die Befreiung dieses Systems!

Siegnitzer Werbeziel erreicht!

Zur Sozialveranstaltung am 1. Mai ist noch zu bemerken, daß in dieser Veranstaltung zwölf Arbeiter ihren Beitritt zur Partei erklärt haben. Somit ist das Ziel erreicht, das sich die Ortsgruppe gesetzt hatte, und zwar in drei Monaten fünfzig neue Mitglieder zu gewinnen. Genossen, das bedeutet nicht etwa jetzt zu rasen. Nein, vorwärts! Jedes Mitglied werde weiter für Partei und Presse! Auch wurden einige Ansuchen für die rote Hilfe gemacht.

Den Verletzungen erliegen. Der am Donnerstag vom früheren Gewerkschaftsleiter Kowal niedergegeschossene 26-jährige Reisende Willi Kuge ist jetzt seinen Verletzungen erliegen, ohne daß er verheiratet war.

geworden wäre. Nationalsozialist Kowal befindet sich noch in Untersuchungshaft, hat jedoch gegen den Haftbefehl Beschwerde erhoben. Er beruft sich auf den Schutz des § 51.

Freitag. In Albedern fand man den 23-jährigen Ziegeleiarbeiter Richard Schulz in einem Ertrinken erhängt auf. Er ist wegen Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen.

Schweres Autounfall. Auf der Chaussee Parchwitz-Möbber überfuhr sich ein Auto, als es plötzlich bremste, um einem Radfahrer auszuweichen. Während der Fahrer und sein Sohn unverletzt blieben, erlitt der Hauslehrer Wähle der „Schloßherrschaft“ Prinswig, der das Auto gehört, schwere Verletzungen. Das Auto wurde völlig demoliert.

Oberschlesien

Seite der Sozialfaschisten am 1. Mai

Die Parteiführer der SPD. und der Gewerkschaftsdiktatur, so weit überhaupt noch welche stattfanden, bestätigten, daß die Arbeiter in Oberschlesien nicht mehr hinter der verräterischen Sozialdemokratie, sondern in geschlossener und einheitslicher Front hinter der kommunistischen Partei stehen. Wer wollte dies noch abstreiten! Überall, wo die SPD. die wertvolle Klasse zum Kampfmarsch am 1. Mai aufgerufen hatte, überall dort hatte sie die Mehrheit des proletariats hinter ihren roten Fahnen.

„Gewaltige Massen in Oberschlesien!“ — Unter dieser kommunistischen Überschrift bringt das sozialfaschistische Blättchen — das „Vollblatt“ — den Bericht über die Parteiführer der SPD. und der Gewerkschaftsdiktatur, der von Lügen und Verdrehungen krotzt. Dem Bericht nach haben SPD. und Gewerkschaften „geführt“. Der Zeitschreiber vergißt bloß zu sagen, daß die Sozialfaschisten ihre „Getreuen in S. r. n. e.“ geführt haben. Man sieht folgende faule Lüge seinen Lesern vor:

„Daß ihre verlogene Taktik (Die Kommunisten sind hiermit gemeint, die Red.) nicht den erwarteten Erfolg hatte, zeigte der Festung der Gewerkschaften und der Partei, die einige Tausende (Man meint den kläglichen Zug in Hindenburg, die Red.) von Anhängern zählen konnten. Sie marschierten immer noch, und sie werden noch stärker marschieren ...“

Wie war es in Wirklichkeit. Während die SPD. und die roten Betriebsräte in Hindenburg auf ihrer Kundgebung 12 000 bis 14 000 Menschen hatten, brachten die Sozialfaschisten ganze 400 Personen auf die Beine. Sehr viele Arbeiter waren noch unter diesem kleinen Häuflein. Das Gros der „Demonstranten“ stellten die korruptesten sozialfaschistischen Partei-, Gewerkschafts-, Betriebs- und Kommunalfunktionäre. Die Belegschaften waren geschlossen zur SPD.-Kundgebung aufmarschiert. Während die Kommunisten in allen Arbeitervierteln demonstrierten, verschwanden die Sozialfaschisten nach ihrer „Kundgebung“ gedächtnislos vom Reigensteinsplatz. Die Blamage wäre zu groß gewesen, hätte man gewagt, mit dem Häuflein Demonstranten in den Straßen Hindenburgs zu demonstrieren. Sozialdemokratische Arbeiter demonstrieren zum Teil mit uns Kommunisten, während ein anderer Teil in Bierlokalen saß, weil sie nicht mit den

sozialfaschistischen Führern marschieren wollten. Das war falsch! Sie sollten sich restlos an der Kampfdemonstration des Massenbewußten Proletariats beteiligen.

In Beuthen verzichteten die Sozialfaschisten ganz auf eine öffentliche Massfeier. Dort verbot man sich nach dem Blüthneraal und „demonstrieren“ für den Massenfrieden mit den Kapitalisten. Im sozialdemokratischen Walaufzug hieß es unter anderem: „Nehmt Abstand von einer Straßendemonstration usw.“

Das „Vollblättchen“ muß in seinem Bericht über Beuthen ausgeben, daß die dortige Massfeier gerade nicht unter einem glücklichen Stern stand. Da die Massen trotz Aufruf der sozialfaschistischen Kundgebung fernblieben, führt man als Entschuldigung an, daß der einleitende Witterungswechsel eine kleine „Bewölkung“ hervorgerufen hatte. Auch in Beuthen waren die Arbeiter bei der SPD. So könnte man alle übrigen Orte aufzählen. Überall das gleiche Bild.

Sowohl, ihr Sozialfaschisten! Die Massen sind marschiert. Dieser 1. Mai wie eine viel stärkere Massenbeteiligung an den Kampfdemonstrationen der SPD. auf als in den Vorjahren. Dieser 1. Mai stand wirklich in Oberschlesien im Zeichen des politischen Massenstreiks. Das Organ der ober-schlesischen Arbeiterbewegung, die „Ostdeutsche Morgenpost“, schreibt in Nummer 122 vom 3. Mai folgendes:

„Ein Mai-Bergleich! Eine Lehre für Oberschlesien“

... Ingesamt ist überall im Reich dieses Jahr mehr gearbeitet worden als im vergangenen Jahre, mit Ausnahme von Oberschlesien! ... Wie wir hören, haben hier im Kohlenbergbau bis auf zwei alle Gruben und auch sonst viele Betriebe geleiert.“

Wer hat es zuwege gebracht, daß an diesem 1. Mai es gelang, so wuchtig den Kampfwillen der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen. Die SPD. und die roten Betriebsräte waren es einzig und allein. Auf der Concordagrube, wo die Sozialfaschisten die Führung im Betriebsrat haben — erlaubt durch Schnaps — arbeitete doch ein kleiner Teil der Belegschaft. Die revolutionäre Opposition auf dieser Anlage muß alles daran setzen, daß der sozialfaschistische Einfluß völlig gebrochen wird, daß diese Massaboteure zum Teufel gejagt werden.

Neubaumieter kündigen Mieterstreik an

Hindenburg, 6. Mai. Die SPD. hatte für Mittwoch vorige Woche noch dem Goal von P. i. e. l. a eine Neubaumieterversammlung einberufen. Über 200 Mieter waren erschienen.

Der Landtagsabgeordnete Oberdörfer hielt das Referat: „Wie schaffen wir billige und gesunde Arbeiterwohnungen?“ Der Redner behandelte sehr eingehend die kapitalistische Wohnungsbau-Politik und ihren Kontrast und zeigte den Weg der werkschaftlichen Mieterkämpfe auf, der nur durch die politische und wirtschaftliche Machtübernahme des Proletariats zu einer proletarischen Lösung führe. Genosse Paris gab einen Bericht über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen in der städtischen Mietensetzungs-Kommission. Aus diesem Bericht ging hervor, daß Magistrat und Parteien nicht den Willen haben, die Mieter zu senken. Eine Verbilligung der Mieten könne die werkschaftliche Mieterkämpfe nur durch einen geschlossenen Kampf aller Mieter dem Magistrat und den Wohnungsbau-Gesellschaften abringen.

Nach einer ausführlichen Diskussion wurde ein Mieter-Kampfausschuß gewählt und nachstehende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die am 30. April versammelten Neubaumieter fordern die so-

fortige Herabsetzung der Neubaumieter gemäß dem Antrag der kommunalistischen Stadtverordnetenfraktion, die Zurückzahlung aller Zahlungsbefehle und die Nichtvollstreckung der Räumungsurteile. Die Versammelten verpflichteten sich, alles daran zu setzen, um alle noch fernstehenden Mieter zu veranlassen, sich dem Kampf anzuschließen. Bei Nichtdurchführung der Forderungen werden die Mieter ihre Kampfmassnahmen zu verstärken müssen und auch vor der Einstellung jeder Mietenzahlung nicht zurückweichen.“

Die Versammlung richtet an die Alt- und Neubaumieter die Aufforderung, eine geschlossene Front zu bilden und in allen Wohnquartieren und Siedlungen Mieterkampfausschüsse zu bilden, damit der Kampf gegen den unverschämten Mietenzwangs geschlossen und einheitlich geführt werden kann.“

Werkschaftliche Mieter! Wollt ihr nicht durch den Mietenzwangs euren Hungerriemen noch enger schnallen, wollt ihr nicht, daß eure Kinder noch weniger Brot zu essen haben, so formiert die Kampffront um tragbare Mieten. Bildet überall Kampfausschüsse zur Führung des Kampfes um billige und gesunde Arbeiterwohnungen. In geschlossener Front seid ihr eine Macht, die nicht bezwungen werden kann.

Das Los eines nach Oberschlesien kommenden arbeitssuchenden Wanderers ist schrecklich. Entweder er muß im Straßengraben verrotten oder er kommt ins Arbeitshaus. Das nennt man dann noch soziale Fürsorge des Staates und seiner Kommunen!

Lehrlingsmißhandlung wegen Teilnahme an Maidemonstration. Wir erfahren, daß sich in der Donnerstagsmarche, Formstückerlei, am 2. Mai folgender Vorfall abspielte: Ein Lehrling, der am 1. Mai nicht zur Arbeit erschien und an der Maidemonstration teilnahm, wurde am nächsten Tag vom Meister dieserhalb zur Rede gestellt. Der Lehrling antwortete, daß er mit den Kommunisten demonstriert habe. Darauf schlug der Antreiber ihn kräftig ins Gesicht. Der Lehrling ließ diese Frechheit nicht unwiderrprochen, sondern nahm eine Schaufel und legte sich zur Wehr.

Daß der Lehrling am 1. Mai nicht arbeitete, daß er sich gegen die Prügeln des Meisters wehrte, ist nur zu begreifen. Überall möchte man auf solch freches Vorgehen eine solche proletarische Antwort übrig haben. Dann werden sich eure Antreiber hüten, euch zu prügeln.

Beuthen

Ein Betriebsrat, der befreit werden muß. Als vor einigen Tagen auf der Heimgrube das Betriebsratsmitglied Genosse Mittel eine Befragung vornahm und vor Ort den Lohn von der Preisfluktuation nicht in Ordnung fand, machte er den Steiger darauf aufmerksam und verlangte Abstellung dieses Mißstandes. In der Nähe wollte das reformistische Betriebsratsmitglied Raczmarek, der als Kohrleger tätig ist. Der Steiger ließ den R. holen, damit er den Lohn in Ordnung bringe. Als R. erschien, brüllte er den Oberheuer an mit den Worten: „Das könnte sich der Bauer selbst machen.“ Genosse B. machte den brillenden Betriebsrat aufmerksam, daß dies keine Arbeit sei und nicht die des Bauers. Der Bauer stehe im Bedinge und ist nicht derschäftigt, Nebearbeit zu machen.

Das paßt dem R. nicht, und er suchte Zuflucht in gemeinen Beschimpfungen gegen den Genossen Mittel. Kameraden! Das Verhalten des reformistischen Betriebsrats zeigt wiederum deutlich, daß diese Leute, überall wo sie stehen, auf Wahrung von Arbeiterinteressen pfeifen.

Ratibor

Antifaschisten vor dem Klaffengericht Rajbanditen als Zeugen

Wie wir gestern schon meldeten, fand vor dem Großen Schöffengericht der Prozeß gegen fünf Kameraden der antifaschistischen Arbeiterwehr statt. Es wurde ihnen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Hausfriedensbruch zur Last gelegt. Als Verteidiger erschien Rechtsanwalt Lichtenstein aus Hindenburg. 37 Zeugen waren zu dem Termin geladen. Da man „Auskünftungen“ befristete, hatte man das ganze Gerichtsgebäude mit Schupo besetzt. Der größte Teil der Zeugen, circa 25, waren Rajkute. Die Nazis, die immer noch

außen zeigen wollen, daß sie treuerechte Hitlerjünglinge im Besten-taschenformat sind, zeigten ein so ungehöriges und freches Verhalten vor Gericht, daß diese vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht wurden, sich vor Gericht auch anständig zu benehmen. Besonders fiel es auf, daß der Nazi-Wohng, der sich als Berichterstatter im Saale aufstellte, eilige Mafe sich in den Berichtsturz bog und seinen Komplexen die Zeugenaussagen, die gemacht wurden, diesen hinterbrachte, und diese sich auf danach einstellten, was auch vom Vorsitzenden gerügt werden mußte. Der Vorfall spielte sich am 22. November vorigen Jahres ab. Wie geben hier an dieser Stelle ein klares Bild wieder, was sich an dem fraglichen Tage abspielte. In diesem Lage machte die Antifa ihren Propagandaumzug durch die Straßen der Stadt. Als die Kameraden der Antifa mit Gesang die Zwingerstraße marschierten, war ein Autounfall passiert. Die beiden Autosfahrer lagen blutungslos auf der Erde. An dieser Stelle machten die Kameraden sofort halt, und den beiden Verletzten wurde von den Kameraden die erste Hilfe zuteil, indem sie gleich zum nächsten Arzt geschickt wurden. Zwei Schupobeamte kamen gleich an die Unglücksstätte, um diesen Vorfall zu protokollieren. Zwei Kameraden erklärten sich bereit, das beschädigte Motorrad auf die Polizeiwache zu bringen. Als diese das Motorrad da abgaben, gingen sie dann raus auf die Straße. Als sie auf der Straße waren, kamen die Nazis anmarschiert. Sogleich stürzten sich die Nazis von allen Seiten auf die zwei wehrlosen Kameraden der Arbeiterwehr, und diese wurden von der Schupo auf die Wache geschleppt. Bei dieser Gelegenheit soll der Lehrer H. a. m. e. y. l., der früher der Leiter der Nazis war, die Worte gebraucht haben: „Schlagt die Bekke tot!“ Nachher gingen die beiden Kameraden ins Versammlungslokal der Antifa zu R. a. n. o. c. h. a., weil da eine Versammlung tagte, und machten die anderen Kameraden darauf aufmerksam, nicht einzeln zu gehen, da man sie schon bedroht habe. Nach Schluß der Versammlung begaben sich die Kameraden nach Hause. Die sehr weit wohnenden Kameraden wurden begleitet. Als die Kameraden in aller Eile bei dem Nazilokal vorbeikamen, gab der bartlose Nazioberbeamter H. a. m. e. l. l. e. den sofortigen Befehl, sich sturmfertig zu machen. Von allen Seiten stürmten die Nazis mit Bierflaschen, Gläsern usw. bewaffnet auf die Kameraden und schlugen wuchtig drauf los. Auch Straßenpassanten wurden durch diese Banditen geschlagen.

Der Staatsanwalt beantragte, alle Angeklagten wegen des Landfriedensbruchs sowie der Körperverletzung freizusprechen, da in der Beweisführung nicht festgestellt werden konnte, daß die Angeklagten sich in diesem Falle schuldig gemacht hätten. Was der Hausfriedensbruch anbelangt, so beantragte er, den Angeklagten R. n. o. i. e. n. y. und H. e. i. m. zu je 50 Mark und den Angeklagten U. r. b. a. s. c. h. i. l. mit 80 Mark, und zwar wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, zu bestrafen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Lichtenstein, verstand es sehr geschickt in der Verhandlung und während seiner Verteidigung, die ganze Anklage zu zerstückeln und beantragte, sämtliche Angeklagten freizusprechen. Das Gericht verurteilte folgendes Urteil: Was der Landfriedensbruch und die Körperverletzung anbelangt, so sind sämtliche Angeklagte freizusprechen. Des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs ist auf der Angeklagte R. n. o. i. e. n. y. freizusprechen. Die Angeklagten R. o. n. e. j. n. y., R. o. m. o. r. e. l., H. e. i. m. und U. r. b. a. s. c. h. i. l. werden mit je 50 Mark Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis bestraft.

Die Verhandlung zeigte recht deutlich, wie leichtfertig Anklagen gegen Klassenbewußte Proleten zusammengebraut werden. Die Verhandlung ergab auch, daß eigentlich die Rajbanditen auf die Unklagebank gehören. Die Klassenbewußte Arbeiterkämpfe wird trotz Klassenurteile auf Provokationen des faschistischen Gefindels, auch in der Zukunft, proletarisch antworten.

Neustadt

Der 1. Mai in der Weberstadt

Die Arbeiterkämpfe von Neustadt hat am 1. Mai bewiesen, daß sie voll und ganz hinter der kommunistischen Partei steht. Nach wie hat Neustadt solch eine wichtige und imposante Maidemonstration der kommunistischen Partei gegeben. Die Massfeier wurde durch ein Beden eingeleitet. Von 12-13 Uhr war ein Konzert auf dem Platz, welchem eine hundertköpfige Menge beiwohnte. Um 16.30 Uhr formierte sich vor der G. r. n. e. s. s. e. n. s. e. n. Fabrik ein Demonstrationszug, welcher nach dem Ring zur eigentlichen Kundgebung zog. Na dieser Kundgebung nahmen über 1000 Personen teil. Genosse B. i. e. j. zeigte in seinem Referat den Amosenden, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter geschlossen zusammenhalten. Er gedachte auch der Toten, die am 1. Mai 1929 durch die Blutschuld von Jörgel und Co. gemordet wurden, und daß die Ermordeten nicht ungerächt bleiben sollen. Mit einem Hoch auf die kommunistische Partei und Sowjetrußland fand unter dem Gesang der „Internationale“ mit Musikbegleitung die Kundgebung ihr Ende. Hierauf bildete sich ein Demonstrationszug, woran über 200 Personen teilnahmen. Auch örtliche sozialdemokratische Arbeiter sah man in den Reihen; diese erklärten, den Schwundel der SPD. nicht mehr mitmachen zu wollen.

An dieser Demonstration konnte man am besten feststellen, wie die Sympathie der Arbeiter zur kommunistischen Partei wächst, und daß sie erkennen, daß es nur die kommunistische Partei ist, welche den Kampf zur Verwirklichung des Sozialismus führt.

Oppeln

Wohnungskommission kontra Magistrat

Die Wohnungskommission nahm in ihrer Sitzung vom 29. April Stellung zum diesjährigen Wohnungsbauprogramm. Genosse Stadtrat M. u. n. d. r. i. l. gab einen ausführlichen Gesamtbericht über die unzureichenden Wohnungsverhältnisse der Stadt Oppeln. Die Ansprache wurde in einer Entschiedenheit zusammengefaßt, in der man sich schon gegen die Wohnungsbau-Politik des Magistrats wendet. Die Kommission fordert, den gesamten überwiesenen Betrag aus dem staatlichen Ausgleichsfonds in Höhe von 800 000 Mark für den Wohnungsbau zu verwenden. Der Magistrat will 500 000 Mark zur Verbedung der bereits im Vorjahr verausgabten Hauszinssteuer verwenden.

Für uns ist es klar, daß der Magistrat hartnäckig an seinem arbeitserneuernden Beschluß festhalten wird. Die Regierung wird ihn dabei unterstützen. Ihm ist ja an dem Bau von Arbeiterwohnungen nichts gelegen. Würde das gesamte Hauszinssteuererlöse zum Wohnungsbau bis jetzt verwandt worden sein, so wäre die Wohnungsnot gemindert worden. Der Staat verwendet seit Jahren den größeren Teil des Aufkommens für den staatlichen Hochparat. Die Forderung der Kommunisten ist: Beseitigung der Hauszinssteuer als der unsozialsten Massensteuer. Solange sie erhoben wird, fördern die Kommunisten die restlose Verwendung für den Bau von Arbeiterwohnungen. Für diese proletarische Forderung ist die Sozialdemokratie natürlich nicht zu haben.

Die Lösung des Wohnungsbauproblems erfolgt erst nach dem Sturz dieser morschen und faulen Gesellschaftsordnung, mit dem sozialistischen Aufbau. Darum kämpft, werkschaftliche Mieter, um ein proletarisches, um ein Sowjetdeutschland!

Hindenburg

SPD. Koitz ein skrupelloser Verleumder

Wer noch gegenüber der von kommunistischer Seite erhobenen Behauptung, daß der sozialfaschistische Redakteur Koitz des „Vollblattes“ ein Berufsverleumder sei, Zweifel hegte, wird jetzt auch unserer Auffassung sein. Koitz hat zweimal in seinem Subelblatt behauptet, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion mit dem Zentrum wegen der Wahl des zweiten Bürgermeisters verhandelt und für „Wahlhilfe“ Geld bekommen habe. Die freche Behauptung dieses Schleichschreibers stellen wir als eine infame Lüge und Verleumdung fest. Wir geben Koitz die Gelegenheit, sich von diesem Vorwurf zu reinigen und stellen in der „Arbeiter-Zeitung“ öffentlich folgende Frage:

„Der von den Mitgliedern der SPD-Fraktion hat mit dem Zentrum verhandelt, und wer von ihnen hat Geld vom Zentrum erhalten?“

Was ist die Antwort auf die konkret gestellte Frage? Darauf geht R. nicht ein, knaut und meint, die Kommunisten schimpfen. In dem Artikel, wo wir Koitz die Frage stellen, weisen wir schon hin, daß dieser feige Dursche seinen Schwanz einziehen und ein hilfloses Gefammel übrig haben dürfte. Es ist auch so gekommen. Wir haben somit diesen sozialfaschistischen Schmierfinken vor der proletarischen Öffentlichkeit als einen ganz gemeinen Verleumder erneut überführt. Und so verhält es sich mit all den anderen Verleumdungen gegen die Kommunisten! Diesen Leuten will noch nicht mal ein Hund aus der Hand mehr streifen. Macht's immer weiter! Sol Biel Arbeiter-leter hat dieses Kleinbürgerliche Blatt sowieso nicht mehr. Deshalb muß der letzte Prolet, der dieses Subelblatt noch abonniert, aus dem Hause weisen und sein Sprachorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, abonnieren.

Rein Obdach für arbeitssuchende Wanderer. Zwei ausgesteuerte Arbeitslose kamen nach Oberschlesien auf Arbeitssuche. Billig mittellos sind sie auf die kommunalen Fürsorgebehörden angewiesen. Sie stellen gerade hier in Oberschlesien fest, daß man von dieser Seite für sie nichts übrig hatte. Wegen Untertunft sprachen sie bei der Polizei vor. Der dort dienstuende Beamte war über das Ansuchen sehr empört und hatte nichts eiligeres zu tun, als zu fragen, von was diese leben. Die Antwort blieb man diesem neugierigen Re-

